



Geflüchtete aus der Ukraine in Berlin und Brandenburg

Ergebnisse einer Online-Umfrage über die Arbeitssituation und Lebensbedingungen, Stand Februar 2023

Gizem Ünsal
Anne von Oswald
Olga Lushankina

April 2023

Das Projekt „European Labour Lab Berlin“ wird aus Mitteln der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales gefördert.



In einer Online-Befragung von Dezember 2022 bis Februar 2023 gaben rund 1 300 in Berlin und Brandenburg lebende Geflüchtete aus der Ukraine Auskunft über ihre ersten Erfahrungen und Perspektiven in Deutschland.

Im Mittelpunkt der Befragung stehen folgende Fragen:

Welche soziodemografischen Merkmale lassen sich bei den Geflüchteten aus der Ukraine feststellen?

Wie sehen ihre Lebens- und Arbeitssituation sowie ihre Verbleibabsichten aus?

Vor welchen Herausforderungen stehen die Befragten und welche Stressfaktoren werden von ihnen genannt?

Die Mehrheit der befragten Geflüchteten sind relativ junge und gut ausgebildete Frauen. Ein Viertel von ihnen ist bereits erwerbstätig und ein hoher Anteil arbeitet in der Gastronomie, Hotellerie und im Tourismus. Mehr als die Hälfte dieser Personen

hat einen Hochschulabschluss, so dass die Ergebnisse auf eine Tätigkeit hindeuten, die nicht ihrer Qualifikation entspricht.

Die Mehrheit der Befragten ist im Allgemeinen mit ihren Erfahrungen in Berlin und Brandenburg zufrieden. Die Herausforderungen, die wiederholt angesprochen werden, sind vor allem die komplexe Bürokratie, Kommunikationsprobleme, die Suche nach Kita- und Schulplätzen, Probleme beim Zugang zur Gesundheitsversorgung und bei der Wohnungssuche sowie Diskriminierungserfahrungen.

Die vorliegende Minor-Umfrage zu Berlin und Brandenburg liefert vertiefte Erkenntnisse und Ansatzpunkte für die Berliner und Brandenburger Politik, um gezielt und passgenau auf die Bedürfnisse von Geflüchteten aus der Ukraine zu reagieren.

Inhaltsverzeichnis

Das Wichtigste in Kürze – die zentralen Ergebnisse aus der Online-Umfrage.....	2
1. Einleitung.....	4
2. Befragung von Geflüchteten aus der Ukraine, Dezember 2022 bis Februar 2023	5
2.1. Methodik.....	5
2.2. Inhalt der Befragung.....	6
3. Soziodemografische Merkmale der Befragten	7
4. Beschäftigungssituation	9
4.1. Tätigkeit in der Ukraine und in Berlin/Brandenburg.....	9
4.2. Anerkennung von beruflichen Qualifikationen.....	11
4.3. Arbeitszufriedenheit	13
4.4. Probleme bei der Arbeitssuche: Die Bereitschaft zur Arbeit ist da, aber.....	15
5. Bleibeabsichten und -perspektiven in Deutschland	18
6. Erfahrungen und Probleme nach einem Jahr des Krieges	21
6.1. Erfahrungen mit Berliner und Brandenburger Behörden	21
6.2. Fehlende Bündelung der aktuellen Informationsangebote	23
6.3. Erfahrungen mit dem Jobcenter	25
7. „Post Migration Living Difficulties“	31
7.1. Psychologische Aspekte	31
7.2. Wohnsituation: „Es gibt mehr Probleme mit der Wohnungssuche als mit der Arbeitssuche.“	33
7.3. Gesundheitsversorgung	37
7.4. Diskriminierungserfahrungen	38
8. Zusammenfassung und Ausblick	40
Literaturverzeichnis	41
Abbildungsverzeichnis	43
Tabellenverzeichnis	44

Das Wichtigste in Kürze – die zentralen Ergebnisse aus der Online-Umfrage

- ❖ **Soziodemographie:** Die Mehrheit der Befragten sind Frauen, von denen viele vor dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine in der Stadt Kyjiw lebten. Mehr als die Hälfte von ihnen kam kurz nach Ausbruch des Krieges in Berlin/Brandenburg an. Die Mehrheit hatte bereits vor ihrer Ankunft Kontakte oder einen Bekanntenkreis in Berlin/Brandenburg. Fast alle Befragten sind im erwerbsfähigen Alter und haben mehrheitlich einen Hochschulabschluss. Knapp die Hälfte der Befragten stuft die eigenen Deutschkenntnisse auf dem Niveau A1-A2 ein und ein Drittel der Befragten weist keine Deutschkenntnisse auf.
- ❖ **Arbeitssituation:** Ein Drittel der Befragten nimmt an Integrations- oder Sprachkursen teil, ein Viertel der Befragten ist erwerbstätig (einschließlich Mini-/Midi-Jobs, Teilzeitarbeit, Selbstständigkeit), während ein weiteres Viertel sich als arbeitssuchend bezeichnet. In Berlin ist der Anteil der erwerbstätigen Befragten höher als in Brandenburg.
- ❖ **Branchen:** Die beschäftigten Befragten sind überwiegend in den Branchen Gastronomie, Hotel und Tourismus tätig. Es folgen die Anteile der Beschäftigten im IKT-Bereich, in der Pädagogik und Sozialen Arbeit. Diejenigen, die in der Bau-, Architektur- und Vermessungs- sowie in der Reinigungsbranche tätig sind, stellen ebenfalls einen bedeutenden Anteil der Befragten dar. Mehr als die Hälfte der Befragten, die in den Branchen Gastronomie, Hotel, Tourismus und Reinigung arbeiten, haben einen **Hochschulabschluss** (Bachelor, Master oder Promotion). Dies deutet auf qualifikationsinadäquate Tätigkeiten hin. Zudem zeigen die Befragten, die in diesen Branchen arbeiten, eine niedrige Arbeitszufriedenheit.
- ❖ **Berufsanerkennung:** Nur wenige der Befragten haben bereits einen Antrag auf Anerkennung ihrer formalen Qualifikationen gestellt, viele ziehen dies in Erwägung, andere wiederum sind sich dieser Möglichkeit nicht bewusst.
- ❖ **Kita- und Schulplätze:** Die Schwierigkeit als alleinerziehende Mutter das Leben in Deutschland zu organisieren, wird besonders hervorgehoben. Als größte Probleme werden das Fehlen von Kita- und Schulplätzen und die langen Wartezeiten genannt. Dadurch sind mehrere der befragten Frauen daran gehindert, einen Integrations- bzw. Sprachkurs oder eine Arbeit aufzunehmen.
- ❖ **Bleibeabsichten:** Nach den Umfrageergebnissen scheint sicher, dass die meisten der Befragten für das nächste halbe Jahr in Berlin und Brandenburg bleiben möchten. Ein Viertel plant nach dem Ende des Krieges zurückzukehren, wohingegen ein Viertel entschieden ist, nicht in die Ukraine zurückzukehren und zwei Viertel noch unentschlossen sind.
- ❖ **Erfahrungen mit Behörden:** Der quantitative Teil des Fragebogens zeigt, dass die befragten Geflüchteten ihre Erfahrungen mit den Behörden im Durchschnitt positiv beurteilen. Die genannten Probleme in den offenen Fragen im Zusammenhang mit den Berliner und Brandenburger Behörden beziehen sich u.a. auf komplexe Bürokratie, zu spät eingehende Zahlungen, verlorene Dokumente, Erfahrung von Diskriminierung, Fehler beim Ausfüllen von Dokumenten durch die Beschäftigten dieser Behörden.
- ❖ **Jobcenter:** Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Mehrheit der befragten Geflüchteten ihre Erfahrungen mit dem Jobcenter im Durchschnitt positiv bewerten. Wenn Probleme in den offenen Antworten genannt werden, dann beziehen sie sich auf sprachliche

Hürden, lange Bearbeitungszeiten, mangelnde Kommunikation über Online-Dienste, fehlende Digitalisierung und verlorene Dokumente.

- ❖ **Psychologische Aspekte:** Sorgen um die Familie im Heimatland und Heimweh werden von den Befragten als größte Stressfaktoren eingestuft. Die befragten Frauen bewerten diese Herausforderungen häufiger als schwerwiegenderes Problem als die befragten Männer.
- ❖ **Wohnungssituation:** Die Mehrheit der Befragten wohnt in einer eigenen (Miet-) Wohnung oder in einer WG. Wohnungsprobleme sind jedoch in den offenen Antworten die am häufigsten genannten Probleme.
- ❖ **Medizinische Versorgung:** Die Sorge, keine medizinische/psychologische Versorgung zu erhalten, wird als größtes Problem unter den Lebensherausforderungen bewertet, nach der Sorge über die Familie im Heimatland und Heimweh.
- ❖ **Diskriminierungserfahrungen:** Obwohl Diskriminierungserfahrungen der befragten Geflüchteten im quantitativen Teil der Umfrage als gering eingestuft werden, berichten einige Befragte in den offenen Antworten von feindlichen Äußerungen oder Verhaltensweisen ihnen gegenüber sowie von wahrgenommener Ungleichbehandlung.

1. Einleitung

Nach Angaben des UNHRC (2023b) wurden über 8 Millionen Geflüchtete aus der Ukraine für vorübergehenden Schutz und ähnliche nationale Schutzprogramme in Europa¹ registriert (Stand: März 2023). In Polen sind derzeit mit über 1,5 Millionen die meisten aus der Ukraine Geflüchteten untergekommen, gefolgt von Deutschland mit 1,05 Millionen. Nach Schätzungen leben davon 52 208 in Berlin und 30 514 im Land Brandenburg (Mediendienst 2023, Stand: März 2023).

Angesichts dieser hohen Zahlen von Schutzsuchenden sind die Versorgung der Grundbedürfnisse, die psychologische Betreuung sowie die Verbesserung und der Ausbau bestehender Angebote ein aktives Anliegen der deutschen Gesellschaft und Politik. Erste repräsentative Ergebnisse zur Lebenssituation und zu den Zukunftsplänen von Geflüchteten aus der Ukraine in Deutschland liefert die IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung, die allerdings nur begrenzt spezifische Aussagen zu den Bundesländern enthält (siehe Brücker et al. 2023). Obwohl auch weitere Studien (Panchenko 2022; Dumont & Lauren 2022; Rock et al. 2022; UNHCR 2023; Becker & Komitowski 2022a; Becker & Komitowski 2022b; Ünsal & von Oswald 2022) und amtliche Statistiken erste Einblicke und Erkenntnisse über Lebensumstände der Geflüchteten aus der Ukraine in Deutschland und anderen europäischen Ländern geliefert haben, bleiben die Erkenntnisse zu in Berlin und Brandenburg lebenden Geflüchteten bescheiden.

Die vorliegende Minor-Umfrage untersucht die (Arbeits-)Erfahrungen und Lebensbedingungen von Geflüchteten aus der Ukraine speziell in Berlin und Brandenburg und liefert damit vertiefte Erkenntnisse und Ansatzpunkte für die Berliner und Brandenburger Politik, um gezielt und passgenau auf die Bedürfnisse von Geflüchteten aus der Ukraine zu reagieren. Dabei standen folgende Fragen im Zentrum:

- (1) Was lässt sich über Geflüchtete aus der Ukraine in Berlin/Brandenburg hinsichtlich ihrer soziodemographischen Merkmale, ihrer Bleibeabsichten sowie ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen feststellen?
- (2) Welche Erfahrungen haben sie bisher in Berlin/Brandenburg allgemein und mit den Behörden im Speziellen gemacht?
- (3) Vor welchen Herausforderungen stehen die Befragten und welche Stressfaktoren werden von ihnen genannt?
- (4) Werden die Bedürfnisse der Geflüchteten von den staatlichen und nicht-staatlichen Angeboten gedeckt? Gibt es weitere, ungedeckte Bedürfnisse?

¹ Einschließlich EU- und Nicht-EU-Länder, die zu Mittel- und Osteuropa, Nordeuropa, Südeuropa und Westeuropa gehören, sowie die Türkei.

2. Befragung von Geflüchteten aus der Ukraine, Dezember 2022 bis Februar 2023

Dieser Zwischenbericht basiert auf einer Online-Befragung, die Minor im Rahmen des Projekts „European Labour Lab Berlin“ von Dezember 2022 bis Mitte Februar 2023 unter Geflüchteten aus der Ukraine durchgeführt hat, die zum Zeitpunkt der Befragung in Berlin oder im Land Brandenburg lebten. Die vorliegenden Ergebnisse aus der Umfrage werden in einer weiterführenden Analyse vertieft.

2.1. Methodik

Zur Erreichung der Zielgruppe wurde die Methodik des „non-probability sampling“ gewählt, entsprechend handelt es sich um eine nicht-repräsentative Stichprobe (siehe Cohen & Arielli 2011). Dennoch ermöglicht die Befragung, wichtige Erkenntnisse für die Politik über die Situation von Geflüchteten aus der Ukraine in Berlin und Brandenburg zu eruieren. Die Ergebnisse der Umfrage sind darüber hinaus als Anhaltspunkte für die Erstellung von Hypothesen zur Verwendung in einer vertieften Analyse geeignet.

Um die Zielgruppe zu erreichen und die Umfrage bekannt zu machen, wurden verschiedene Wege beschritten. Der Link zur Umfrage wurde während des Umfragezeitraums in 45 Facebook-Gruppen² geteilt, in denen die Zielgruppe häufig vertreten ist. Zusätzlich wurde wöchentlich Werbung auf Facebook geschaltet, d. h. in Berlin und Brandenburg lebende Geflüchtete, die Facebook auf Ukrainisch und/oder Russisch nutzen, wurden auf den Aufruf zur Teilnahme an der Befragung hingewiesen. Darüber hinaus haben wir in ausgewählten Gemeinschaftsunterkünften und Berliner Jobcentern die Umfrage bekannt gemacht. Weiterhin wurden Multiplikator*innen, die gut mit den Geflüchteten vernetzt sind, um Unterstützung bei der Verbreitung des Befragungslinks gebeten. Dazu gehörten Vertreter*innen der Berliner Migrationsberatungsstellen, Migrantenselbstorganisationen und Hilfsorganisationen.

Die Umfrage konnte 1 278 Personen³ erreichen. Es ist zu beobachten, dass sich jüngere Menschen und Menschen mit hohem Bildungsniveau in sozialen Medien leichter für solche Online-Umfragen rekrutieren lassen. Daher wurden durch die Verteilung der Umfrage in den Gemeinschaftsunterkünften und Jobcentern gezielt versucht, auch ältere Geflüchtete und diejenigen zu

² Darunter sind große Facebook-Gruppen wie „Ukrainer*innen in Deutschland (Українці в Німеччині)“ mit 149.140 Mitgliedern, aber auch kleinere Facebook-Gruppen wie „Ukrainer in Strausberg 15344 (Українці в Штраусбергу)“ mit 26 Mitgliedern.

³ Die Umfrage erreichte insgesamt 1 652 Personen, die Antworten von 1 278 Befragten konnten berücksichtigt werden. Personen, die die Umfrage nicht mindestens bis zu den soziodemografischen Fragen beantwortet haben, wurden aus dem Datensatz entfernt. Wurde die Bearbeitung danach abgebrochen, wurden die Ergebnisse berücksichtigt. 998 Personen füllten die Umfragen vollständig aus. Es werden nur diejenigen Menschen in der Analyse berücksichtigt, die seit dem 24. Februar 2022 nach Deutschland gekommen sind.

erreichen, die nicht in den sozialen Medien präsent sind. Jedoch füllten die Umfrage hauptsächlich diejenigen aus, die über die sozialen Medien auf die Umfrage aufmerksam wurden.⁴

2.2. Inhalt der Befragung

Die Befragung wurde in ukrainischer, russischer, deutscher und englischer Sprache angeboten. Um die Qualität bzw. Vergleichbarkeit der verschiedenen Sprachversionen der Befragung zu gewährleisten, wurde die Technik der Rückübersetzung verwendet.⁵

Die Umfrage enthielt Fragen u.a. zu soziodemografischen Merkmalen, aktuellen Arbeitssituation, Bleibeabsichten in Berlin/Brandenburg, Anerkennung der beruflichen Qualifikationen, allgemeinen Lebenssituation sowie den Erfahrungen mit den Berliner und Brandenburger Behörden.

Darüber hinaus wurden zwei Messinstrumente⁶ in die Befragung einbezogen:

1. Um die Lebensbelastungen und Schwierigkeiten zu erfassen, mit denen Geflüchtete konfrontiert sind, wurde die Checkliste „Post Migration Living Difficulties“ (PMLD) (Silove et al. 1999) verwendet. Um eine zu lange Befragung zu vermeiden und die Teilnahme niedrigschwellig zu ermöglichen, wurde die verkürzte und für Deutschland adaptierte Version von Semmlinger & Ehring (2022)⁷ verwendet. Die Items wurden dabei an die besondere Situation der Geflüchteten aus der Ukraine angepasst.
2. Zur Messung der Arbeitszufriedenheit der Geflüchteten, die bereits in Deutschland arbeiten, wurden ausgewählte Items aus dem Messinstrument „Kurzfragebogen zur Erfassung Allgemeiner und Facettenspezifischer Arbeitszufriedenheit“ (KAFA) (Haarhaus 2015) verwendet.

Der Fragebogen enthielt zudem zwei offene Fragen: Die Befragten konnten hier Angaben zu ihren Erfahrungen mit den Jobcentern und allgemeine Anmerkungen über die Erfahrungen in Berlin/Brandenburg machen. Dadurch konnten Aspekte, die im quantitativen Teil nicht enthalten sind, berücksichtigt und darauf aufmerksam gemacht werden. Die Antworten auf die offenen

⁴ Aufgrund des Mangels an robusten Daten über die tatsächliche Geschlechts- und Altersverteilung und der schnellen Veränderungen der Zu- und Abwanderung verzichten wir in diesem Zwischenbericht auf eine Gewichtung der Daten nach Geschlecht oder Alter und beziehen uns immer ausdrücklich auf unsere „Befragten“. Sollte sich jedoch ein signifikanter Unterschied zwischen den Ergebnissen der männlichen und weiblichen Befragten ergeben, wird dies in folgenden Analysen dargestellt und erläutert.

⁵ Der ins ukrainische/russische übersetzte Text wurde von einer anderen Übersetzerin, die den Originaltext (englisch oder deutsch) nicht gesehen hat, ins Deutsche zurückübersetzt. Die Diskrepanzen zwischen der Rückübersetzung und dem Originaltext wurden als Hinweis auf Übersetzungsfehler in der ukrainischen/russischen Version gesehen und diese erneut angepasst (siehe Tyupa 2011).

⁶ Als Messinstrumente werden in der quantitativen Sozialforschung standardisierte Fragebögen bezeichnet, die Informationen über Befragungspersonen erheben.

⁷ Semmlinger & Ehring (2020) haben die Checkliste ins Deutsche übersetzt, für Deutschland adaptiert sowie auch eine verkürzte Version empfohlen. In der vorliegenden Befragung wurde diese Version in die ukrainische, russische und englische Sprache übersetzt.

Fragen wurden thematisch geclustert und als Zitate oder Abbildungen in den Zwischenbericht aufgenommen.⁸

3. Soziodemografische Merkmale der Befragten

Mehrheitlich Frauen: Wie bereits bekannt, handelt es sich bei den Geflüchteten aus der Ukraine hauptsächlich um Frauen, Kinder und Menschen über 60 Jahren, da Männer unter 60 Jahren das Land wegen der Mobilmachung i. d. R. nicht verlassen dürfen. Entsprechend verwundert es nicht, dass an der vorliegenden Umfrage hauptsächlich weibliche Geflüchtete teilgenommen haben (85,3 %). Ob diese Verteilung der tatsächlichen Geschlechterverteilung der Ukrainer*innen in der Metropolregion Berlin-Brandenburg entspricht, ist nicht bekannt. Werden die Daten der Bundesagentur für Arbeit von Berlin und Brandenburg als Ansatzpunkt genommen, so sind in Berlin 76 % und in Brandenburg 77 % der registrierten erwerbsfähigen Geflüchteten Frauen (BA 2023). Somit wären die männlichen Geflüchtete aus der Umfrage nur leicht unterrepräsentiert.

Ankunftszeit: Mehr als die Hälfte der Befragten (72,2 %) kam kurz nach Kriegsausbruch (im Februar und März 2022) in Berlin/Brandenburg an. 16 % sind im April/Mai und 6,8 % sind im Sommer 2022 (Juni-September) angekommen. Die Geflüchteten, die zwischen September 2022 und Februar 2023 in Deutschland angekommen sind, sind mit 4,9 % in der Stichprobe vertreten.

Herkunftsorte: Viele befragten Geflüchteten lebten vor dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine in der Stadt Kyjiw (27,5 %). Die Befragten aus den östlichen Regionen der Ukraine, die stark vom Krieg betroffen sind, wie Charkiw, Dnipropetrowsk, Saporischschja und Donezk, sind ebenfalls häufig in der Stichprobe vertreten (3,6 % bis 15,6 %). Auch Menschen aus der Region Odesa (9,3 %) stellen einen bedeutenden Teil dar. Die Befragten aus den anderen Regionen sind jeweils unter 3 % vertreten (siehe Abbildung 1).

⁸Die offene Frage zum Jobcenter wurde von 274 Befragten ausgefüllt, die offene Frage zu allgemeinen Kommentaren von 435 Befragten.

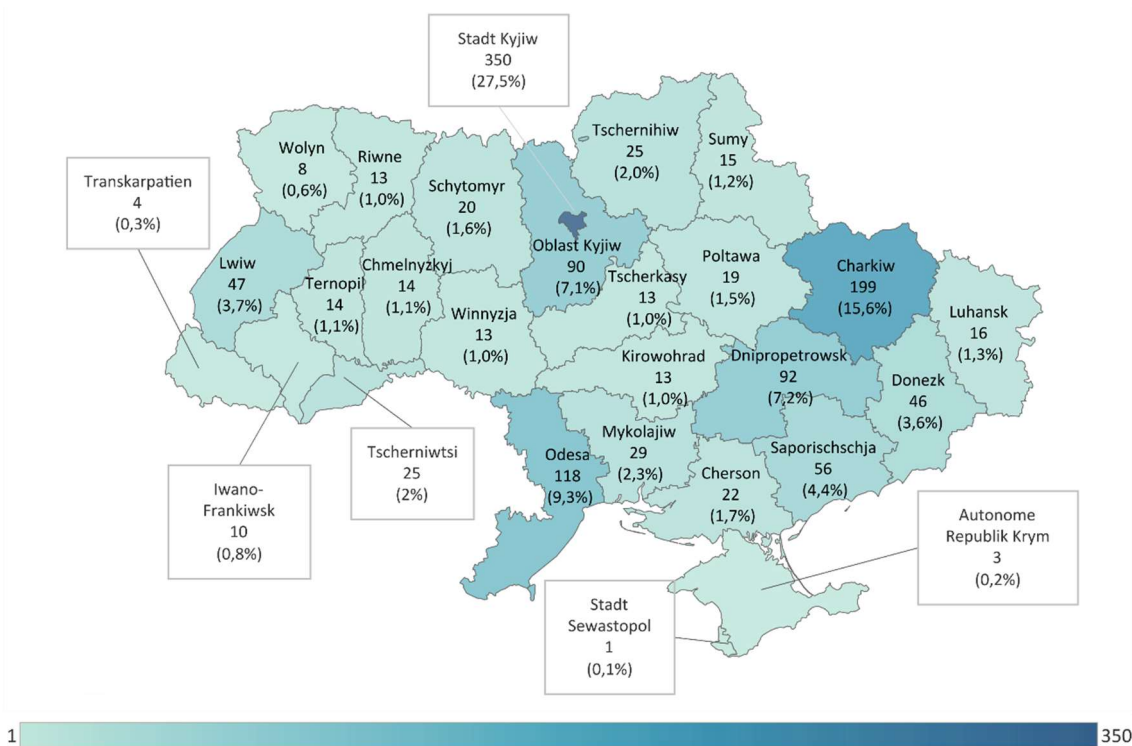


Abbildung 1: Regionen der Ukraine, in denen die Befragten vor dem Krieg lebten.

Die Prozentanteile sind in Klammern © Minor

Kontakte in Berlin/Brandenburg: Die Mehrheit verfügte bereits vor ihrer Ankunft über Kontakte bzw. einen Bekanntenkreis in Berlin bzw. Brandenburg. So kannten 46,2 % der Befragten zwischen einer und drei Personen, während 10,9 % mehr als drei Personen kannten. 43,0 % der Befragten gaben an, niemanden gekannt zu haben, bevor sie in die Metropolregion Berlin-Brandenburg reisten.

Alter: Fast alle Befragten sind zwischen 18 und 65 Jahre alt und damit im erwerbsfähigen Alter. Der Anteil junger Erwachsener im Alter von 18 bis 25 Jahren beträgt 19,5 %, von 26 bis 35 Jahren 33,1 %, von 36 bis 50 Jahren 36,5 % und von 51 bis 64 Jahren 8,6 % der Befragten. Die älteren Geflüchteten aus der Ukraine (ab 65 Jahren) sind in der Umfrage mit 2,3 % sehr gering vertreten. Dies ist teilweise auch auf die Methodik zurückzuführen, da im Allgemeinen die ältere Bevölkerung in Online-Umfragen, die in den sozialen Netzwerken verteilt werden, schwerer zu erreichen ist (siehe Quinn 2010).

Familiensituation: 49,4 % der Befragten sind verheiratet oder leben in einer festen Beziehung. 43,3 % berichten in der Umfrage, dass sie keine Kinder unter 18 Jahren haben. Eins bis zwei minderjährige Kinder haben 49,5 % der Befragten und 7,2 % der Befragten weisen drei und mehr Kinder auf.

Auf die Frage nach der Bildungssituation der Kinder in Deutschland antworten 17,5 % der Befragten, dass ihre Kinder keine Bildungseinrichtung besuchen. Die Kinder von 25,7 % der Befragten besuchen eine Fernschule mit ukrainischem Lehrplan. Der Rest der Befragten gibt an, dass

ihre Kinder entweder einen Kindergarten, eine Willkommensklasse, eine Schule oder eine Universität besuchen.⁹

Bildungsabschluss: Die Befragten haben im Allgemeinen ein hohes Bildungsniveau. 68,2 % haben einen Bachelor-, Master- oder sogar einen Dokortitel. Diese Ergebnisse stehen im Einklang mit anderen bisher durchgeführten Studien über Geflüchtete aus der Ukraine.

Die Befragten mit einem Hochschulabschluss studierten vor allem Wirtschaftswissenschaften, Sozial-, Verhaltens- und Politikwissenschaften oder Psychologie (16,8 %). Auch der Anteil der Befragten mit einem Abschluss in Erziehungs-/Bildungswissenschaften ist mit 13,0 % hoch. Danach folgen die Absolvent*innen mit einem Abschluss in Management oder Bankwesen (11,9 %), dann Geisteswissenschaft (8,9 %), Kultur (7,2 %), Rechtswissenschaft (7,1 %), und Medizin/Gesundheitswissenschaft/Pflege (7,1 %).

Deutschkenntnisse: 33,2 % der Befragten geben an, keine Deutschkenntnisse zu haben. Die Mehrzahl der Befragten (51,3 %) stuft ihre Deutschkenntnisse auf dem Niveau A1-A2 (Einstiegs- und Grundniveau) ein. 10,3 % geben an, dass sie über B1-Kenntnisse (mittleres Niveau) und 5,3 % Befragte über B2 und höher Deutschkenntnisse verfügen. Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass der Zeitpunkt der Ankunft und der Spracherwerb in einem Zusammenhang stehen. Befragte, die in früheren Phasen des Krieges nach Deutschland kamen, geben seltener an, keine Deutschkenntnisse zu haben: Zum Beispiel haben 27,3 % der im März 2022 angekommenen Befragten kaum Deutschkenntnisse, während es bei den im November angekommenen Befragten 77,8 % sind. Wiederum geben 55,4 % der im März 2022 angekommenen Geflüchtete an, über A1-A2-Deutschkenntnisse zu verfügen, verglichen mit 22,2 % der im November angekommenen Geflüchteten.

4. Beschäftigungssituation

4.1. Tätigkeit in der Ukraine und in Berlin/Brandenburg

Mehrheitlich waren die Befragten vor ihrer Fluchtmigration in der Ukraine berufstätig (76,2 %), 8,7 % studierten oder absolvierten eine Berufsausbildung. 6,9 % kümmerten sich ausschließlich um ihre Kinder und/oder Familienangehörigen und unter 3,3 % sind Rentner*innen.

Auf die Frage nach ihrer Beschäftigung in Berlin bzw. Brandenburg geben rund ein Drittel der Befragten an, dass sie einen Integrations- oder Sprachkurs besuchen. 25 % geben an, bereits zu arbeiten (einschließlich Mini/Midi-Jobs, Teilzeit, Selbstständigkeit), während ein weiteres Viertel (23,8 %) der Befragten sich als arbeitssuchend beschreibt. 8,1 % der Befragten kümmern sich ausschließlich um die Kinder und/oder Familienangehörige. Diejenigen, die einer Ausbildung

⁹ Bei dieser Frage waren Mehrfachantworten möglich. Dies ermöglichte den Befragten, die mehrere Kinder haben, für jedes Kind zu antworten. Daher lassen sich die Prozentsätze nicht auf 100 % summieren.

nachgehen (Hochschulbildung, Fernstudium in anderen Ländern, Berufsausbildung oder Praktikum), machen 5,8 % der Befragten aus.

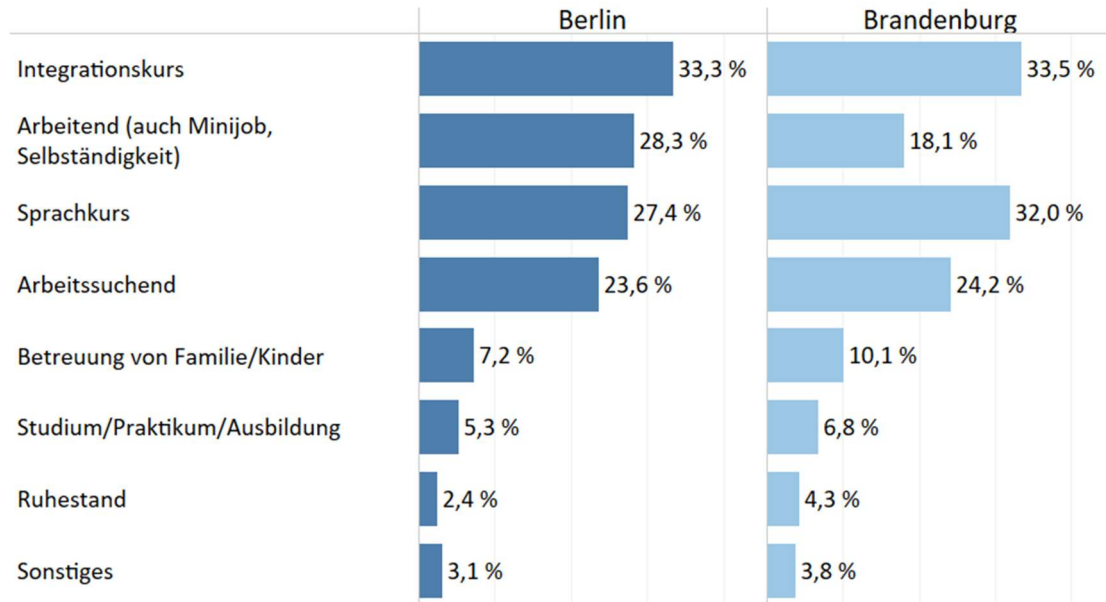


Abbildung 2: Beschäftigungssituation der Befragten in Berlin/Brandenburg.¹⁰

n (Berlin) = 831, n (Brandenburg) = 397 © Minor

Bei getrennter Betrachtung der Daten von Frauen und Männern, wird deutlich, dass Männer zu einem höheren Prozentsatz angeben, zu arbeiten (23,7 % vs. 29,0 %), während Frauen zu einem höheren Prozentsatz an einem Sprach-/Integrationskurs (31,1 vs. 21,3 %) teilnehmen.

Wird die Beschäftigungssituation in Berlin und Brandenburg getrennt betrachtet, so zeigt sich, dass in Berlin 28,3 % der Befragten erwerbstätig sind, während dieser Anteil unter in Brandenburg lebenden Geflüchteten mit 18,1 % etwas geringer ist.

Die beschäftigten Befragten sind überwiegend in den Branchen Gastronomie, Hotel und Tourismus tätig. Es folgen die Beschäftigten im IKT-Bereich und in der Pädagogik und Sozialarbeit. Diejenigen, die in der Bau-, Architektur- und Vermessungs- sowie auch in der Reinigungsbranche tätig sind, stellen ebenfalls einen bedeutenden Anteil der Befragten dar (siehe Tabelle 1).

Auf die Frage nach der Beschäftigungsform antwortet die Mehrheit der Befragten, dass sie in Vollzeit arbeiten (64,1 %). Es folgt die Beschäftigung in Teilzeit (11,3 %), Minijob (9,8 %), Midijob (9,0 %), mehrere Mini-Jobs (1,2 %) sowie selbständige Tätigkeit (4,7 %).

¹⁰ Bei dieser Frage waren Mehrfachantworten möglich, da auch die Befragten gezählt werden sollten, die mehreren Tätigkeiten nachgingen, z. B. einen Sprachkurs besuchten und gleichzeitig arbeiteten. Daher summieren sich die Prozentsätze nicht zu 100 %.

Außerdem geben 21 Befragten an, dass sie als Zeitarbeiter*in beschäftigt sind und 13 Befragte arbeiten außerhalb Deutschlands (Fernarbeit).

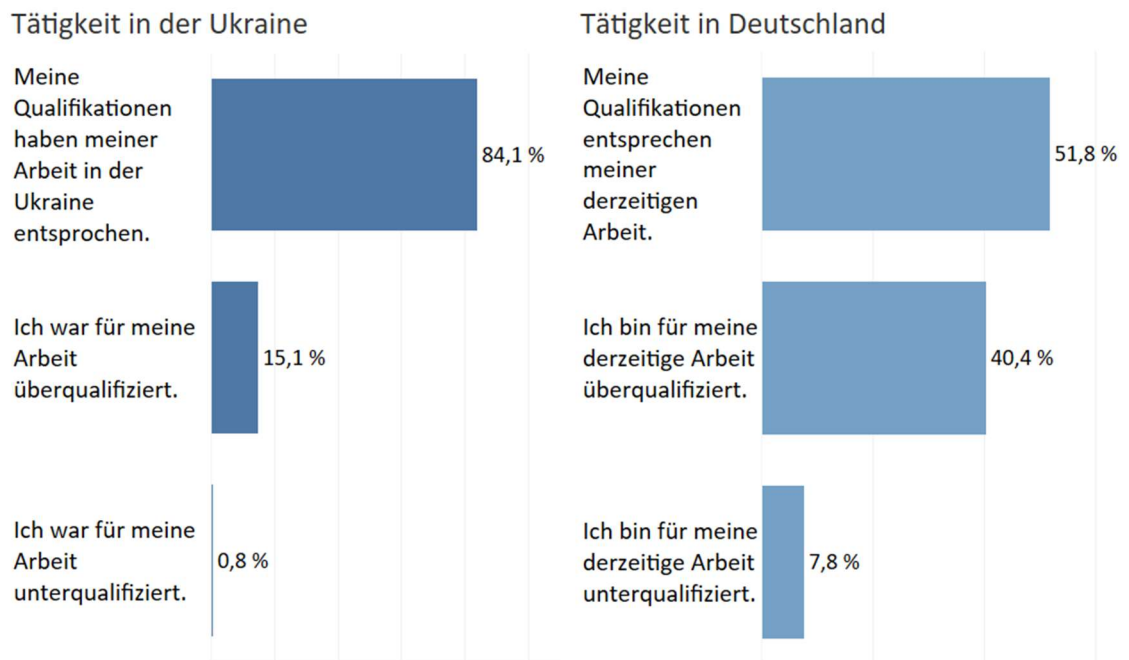


Abbildung 3: Qualifikation entsprechende Tätigkeit.

n (Ukraine) = 245, n (Deutschland) = 245 © Minor

84,1 % der Berufstätigen geben an, dass ihre Tätigkeit in der Ukraine ihrem Qualifikationsniveau entsprochen habe, während 15,1 % unter ihrem Qualifikationsniveau und 0,8 % über ihrem Qualifikationsniveau gearbeitet haben. In Bezug auf die ausgeübte Tätigkeit in Deutschland geben 51,8 % an, dass diese ihrem Qualifikationsniveau entspricht, während 40,4 % unter ihrem Qualifikationsniveau und 7,8 % über ihrem Qualifikationsniveau arbeiten (Abbildung 3).

4.2. Anerkennung von beruflichen Qualifikationen

Wie bereits dargestellt, verfügt die Mehrheit der erreichten Befragten über ein hohes Bildungsniveau. Es stellt sich daher im Hinblick auf einer längerfristigen und guten Perspektive auf dem Arbeitsmarkt die Frage nach der (formalen) Anerkennung von in der Ukraine erworbenen Abschlüssen und Qualifikationen. Wollen Zugewanderte – und somit auch die befragten Geflüchteten aus der Ukraine – in Deutschland als Fachkraft einen sog. reglementierten Beruf ausüben, so muss hierzu zwingend entweder die hierzu erforderliche Qualifikation erworben oder die im Ausland erworbene Qualifikation in Deutschland formal anerkannt werden. Aber auch in Bezug auf die nicht-reglementierten Berufen ist eine Anerkennung mitgebrachter Abschlüsse wichtig, um eine unterqualifizierte Beschäftigung zu vermeiden.

Allerdings ist das Anerkennungsverfahren in Deutschland i. d. R. sehr zeit- und kostenintensiv, von der Vorbereitung der notwendigen Unterlagen bis zu der Dauer des Entscheidungsprozesses können Monate oder gar Jahre vergehen. Endet das Anerkennungsverfahren mit einer Entscheidung über eine lediglich Teilgleichwertigkeit der Qualifikation, führt der Weg über eine ebenfalls

zeit- und kostenaufwändige Anpassungs- bzw. Qualifizierungsmaßnahme (Bushanska et al. 2022).

Da geflüchtete Frauen erfahrungsgemäß häufig über Berufserfahrung oder Qualifikationen in reglementierten Berufen wie z. B. Bildungs- und Gesundheitsberufen verfügen (Kosyakova et al. 2021: 5; Becker & Komitowski 2022a), wurde in der Online-Erhebung gefragt, inwieweit sie den Anerkennungsprozess in Betracht ziehen oder bereits in Anspruch nehmen.

5,6 % bzw. 51 Befragte geben an, dass sie einen Antrag auf Anerkennung ihrer formalen Qualifikationen gestellt haben; davon wiederum geben 20 an, dass ihre formalen Qualifikationen vollständig anerkannt wurden, 25 warten noch auf einen Bescheid, vier erhielten eine teilweise Anerkennung und nur zwei Personen berichten, dass ihr Antrag abgelehnt wurde. Von den 841 Befragten, die noch keinen Antrag gestellt haben, ziehen 443 einen Antrag auf Anerkennung in Erwägung, 242 geben an, dass sie keine Anerkennung ihrer formalen Qualifikationen benötigen und 156 kannten die Möglichkeit der Anerkennung bisher noch nicht.

Geflüchtete, die keine langfristige Bleibeperspektive in Deutschland haben, werden vermutlich auf dieses zeitaufwändige Verfahren verzichten. Den Umfrageergebnissen nach zu urteilen, scheint die Entscheidung, einen Anerkennungsprozess zu durchlaufen oder eine direkte Beschäftigung unterhalb des Qualifikationsniveaus anzunehmen, von der Bleibeabsicht sowie den individuellen finanziellen Bedarfen abzuhängen. So geben einige der Befragten an, dass es ihnen wichtig ist, schnell Geld zu verdienen, ohne auf ein längeres Anerkennungsverfahren warten zu müssen.

„Mein Hauptziel war es, so schnell wie möglich eine Arbeit zu finden und Geld zu verdienen. Ich habe solche Arbeit gefunden, wo ich akzeptiert wurde. Später werde ich versuchen, eine Arbeit zu finden, die meinen vorherigen Erfahrungen entspricht.“ (Frau, 35, Berlin)

„Ich plane es, zurückzukehren. Die Arbeit brauche ich nur, um mich selbst gegenwärtig zu versorgen.“ (Frau, 49, Berlin)

Eine besondere Schwierigkeit hin zur Aufnahme einer qualifikationsadäquaten Arbeit haben diejenigen der Geflüchteten, die lediglich über non-formale Kenntnisse und Berufserfahrung verfügen, da diese formal nicht nachgewiesen und entsprechend anerkannt werden können. In diesen Fällen steht nur der Weg über einer Qualifikationsanalyse offen.

„[...] meine Qualifikationen sind in der Praxis erworben und entsprechen nicht meinen Hochschulabschluss, ich habe gar kein Zugang zu meinen Abschlussunterlagen. Deswegen ist die Anerkennung meiner Qualifikationen unmöglich, nur in dem Fall, wenn ich eine Ausbildung in Deutschland mache.“ (Frau, 28, Brandenburg)

4.3. Arbeitszufriedenheit

Geflüchtete Menschen nehmen aus unterschiedlichen Gründen wie z. B. mangelnde Sprachkenntnisse, fehlende Anerkennung ihrer Qualifikationen, Zeitdruck, finanzielle Not und/oder aufenthaltsrechtliche Nachteile, oft Jobs an, die unter ihrer tatsächlichen Qualifikation liegen. Dies führt wiederum nicht selten zu prekären Beschäftigungen. Eine für alle Seiten erfolgreiche Integration muss daher als ein längerer Prozess, der über den ersten Einstieg in den Arbeitsmarkt geht, gesehen werden.

Ein Viertel der Befragten ist zeitnahe nach der Ankunft in Deutschland bereits erwerbstätig, davon arbeitet ein bedeutender Teil in den Bereichen Gastronomie, Hotel, Tourismus und Reinigung. Mit Blick auf diese Zahlen scheint dies eine gelungene Arbeitsmarktintegration zu sein. Betrachtet man jedoch näher die formellen Qualifikationen der Befragten, deutet dies auf eine unterqualifizierte Beschäftigung hin (siehe auch Abbildung 3). So haben 59,0 % der Befragten, die in diesen Branchen arbeiten, einen Hochschulabschluss (Bachelor, Master oder Promotion). Problematisch wird es, wenn neben der Arbeit keine genügenden zeitlichen Freiräume für Spracherwerb und berufliche Aus-/Weiterbildung bestehen. Die Gefahr eines „Lock-in“-Effekts liegt damit schnell auf der Hand (siehe Ünsal & Oswald 2022: 33ff.).

Für die Analyse der Arbeitszufriedenheit von Geflüchteten aus der Ukraine, die bereits Zugang zu den Berliner/Brandenburger Arbeitsmarkt gefunden haben, wurde der „Kurzfragebogen zur Erfassung Allgemeiner und Facettenspezifischer Arbeitszufriedenheit (KAFA)“ – verwendet.¹¹ Darin zeigen die Befragten, die in der Gastronomie, Hotel, Tourismus, Bau, Vermessung und Reinigung arbeiten, die niedrigste Arbeitszufriedenheit. Am höchsten ist sie bei den befragten Geflüchteten, die in den Branchen IKT, Bildung und Sozialarbeit sowie Kunst, Kultur und Unterhaltung beschäftigt sind.

Neben dem Gesamtwert für die KAFA-Arbeitszufriedenheit unterscheiden sich auch die facetten-spezifischen Werte für die Arbeitszufriedenheit nach Bezahlung, Tätigkeiten und Entwicklungsmöglichkeiten: Am wenigsten zufrieden mit ihren Gehältern sind die Beschäftigten in den Branchen Verkehr und Logistik sowie Reinigung, Gastronomie, Hotellerie und Tourismus. Am wenigsten zufrieden mit ihren täglichen Aufgaben bei der Arbeit sind die Befragten, die in der Lebensmittelherstellung, in der Gastronomie, Hotellerie und Tourismus und im Reinigungs-gewerbe arbeiten (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Facettenspezifische Arbeitszufriedenheit der Befragten nach Branche.

¹¹ Mit Hilfe der KAFA wird die Arbeitszufriedenheit nicht direkt gemessen, sondern aus Bewertungsbeschreibungen abgeleitet (Haarhaus 2015). Bestimmte Facetten dieses Messinstruments wurden verwendet: Die Zufriedenheit mit dem Arbeitsumfeld, mit der Vergütung, mit den beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten und mit den täglichen Aufgaben am Arbeitsplatz. Die Facetten zur Zufriedenheit mit Kolleg*innen und Vorgesetzten wurden ausgelassen, um eine lange Umfrage zu vermeiden. Jede Facette wurde anhand von fünf Kategorien mit einer 5-stufigen-Skala bewertet und berechnet. Daraus wird neben der facetten-spezifischen Zufriedenheit auch die allgemeine Arbeitszufriedenheit mit der Summe der einzelnen Kategorien-Werte berechnet.

Allgemeine Arbeitszufriedenheit (KAFA) (Minimalwert: 0, Maximalwert: 100), Berufliche Tätigkeiten, Bezahlung, Entwicklungsmöglichkeiten (jeweils Minimalwert: 0, Maximalwert: 25). Mittelwert aller Befragten © Minor

Branche¹²	Anzahl (n)	KAFA (0-100)	Bezahlung (0-25)	Tätigkeiten (0-25)	Entwicklungsmöglichkeiten (0-25)
Gastronomie, Hotellerie und Tourismus	50	59,8	16,9	13,7	12,2
Informatik und Kommunikationstechnologien	36	77,2	20,0	19,4	19,5
Pädagogik und Sozialarbeit	34	72,1	19,3	19,9	15,1
Bau, Architektur und Vermessung	18	68,8	19,5	17,5	12,1
Kunst, Kultur und Unterhaltung	17	76,6	19,9	20,4	16,5
Reinigung	16	57,6	16,1	13,7	8,1
Lebensmittelherstellung und -handel	14	67,4	18	12,4	15,5
Medizin und Gesundheit	14	75	18,7	19,1	18,1
Medien, Öffentlichkeitsarbeit und Verlage	11	73	19,6	17,5	17,9
Verkehr und Logistik (außer Zustellungs- und Lieferdienste)	12	60,4	14,9	15,9	12,9
Geistes-, Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften	10	71,1	17,1	19,6	16,7

Neben den in der Tabelle aufgeführten Kategorien hängt die Zufriedenheit mit der Arbeitsstelle auch mit der Einschätzung zusammen, ob die angenommene Arbeit den eigenen Qualifikationen entspricht. So ist die Arbeitszufriedenheit bei den Befragten am geringsten, die der Meinung sind, dass ihre Arbeit unter ihren Qualifikationen liegt. Die Arbeitszufriedenheit ist jedoch auch dann gering, wenn sie sich selbst bzw. ihre Qualifikationen als unzureichend für die Arbeitsstelle empfinden. Am zufriedensten sind die Befragten, deren Qualifikationen den Anforderungen der Stelle entsprechen.

Dies wirft die Frage auf, in welchem Ausmaß und in welchen Bereichen qualifikationsentsprechend eingestellt wird und verdeutlicht die Herausforderung auf dem Berliner und Brandenburger Arbeitsmarkt, die vorhandenen Qualifikationen und Kompetenzen der Geflüchteten aus der Ukraine entsprechend zu nutzen.

„Angemessene professionelle Arbeitsintegration: Die Mehrheit der Geflüchteten aus der Ukraine sind hochqualifizierte Spezialisten, die viel und gut arbeiten können, die mehrere Sprachen können. Derzeit ist das System der Integration sehr schwach, es gibt Diskriminierung. Menschen müssen niedrigqualifizierte Jobs nicht in ihren Fächer annehmen, sie haben

¹² Branchen, in denen weniger als 10 Personen tätig waren, sind hier nicht aufgeführt.

keine Motivation, diese Arbeit zu machen. Das führt zur Stigmatisierung der ukrainischen Spezialisten. Sie arbeiten als Kassierer, obwohl sie in der Ukraine Juristen, Ökonomen in großen Firmen waren.“ (Frau, 42, Berlin, arbeitet im Bereich Medien, Öffentlichkeitsarbeit und Verlag)

Mehrfach wird in den offenen Fragen auf Missstände am Arbeitsplatz mit oftmals sehr schlechten Arbeitsbedingungen, Lohndumping oder Arbeitsausbeutungsversuchen hingewiesen.¹³

„Agenturen, die die Ukrainer*innen einstellen, nutzen diese Möglichkeit aus und verstoßen gegen Vertragsbedingungen, sie halten sich nicht an das Gesetz, deswegen kann man selbst nicht verstehen, wie sie die Entlohnung berechnen. Zum Beispiel können sie für 3 Wochen Arbeit zahlen, und die letzte Woche des Monats wird schon im nächsten Monat bezahlt. Sie drücken sich herum, es ist unmöglich, die Zahlungsbestätigungen zu bekommen. Aber als ich direkt für einen Arbeitgeber gearbeitet habe, war es nicht besser. Meine Steuernummer hat er mir nie gegeben [...]. Ich konnte nicht verstehen, wie die Auszahlungen kalkuliert wurden, wie viel für die Wohnung gebe ich aus, alle Zeugnisse musste ich nachfragen. Sie halten sich nicht an das deutsche Gesetz und nutzen dich so lange aus, wie möglich. Als ich krank war und eine Krankschreibung hatte, hat er mir gesagt, ich soll mein Zimmer freimachen, egal, in welchem Zustand ich war. Ich empfehle es nicht, sich durch Arbeitsfirmen zu bewerben, nur durch einen bekannten Deutschen oder durch das Jobcenter. Den Vertrag sollte man nicht einfach unterschreiben, sondern erst übersetzen oder sich bei Freiwilligen melden, bei Deutschen, sodass sie ihn übersetzen können, es gibt viele schwierige Momente.“ (Frau, 46, Berlin, arbeitet in der Branche Informatik und Kommunikationstechnologie)

„Ich hatte Glück, durch meinen Bekanntenkreis eine Arbeit zu finden, ich habe für eine Arbeitgeber-Firma aus Moldau gearbeitet. Sie haben viel Geld aus meiner Lohntüte einfach geklaut, und niemand konnte etwas dagegen tun. Es wäre gut, wenn es Programme für die Ukrainer*innen gäbe, die uns von unbilligen Arbeitspraktiken schützen könnten.“ (Frau, 21, Brandenburg, arbeitet in der Verkehr- und Logistikbranche)

Insgesamt lässt sich aus den Umfrageergebnissen ableiten, dass sich die Geflüchteten aus der Ukraine um eine Integration in den Arbeitsmarkt bemühen und ein erheblicher Teil von ihnen bereits einen Arbeitsplatz gefunden hat, einen Integrations-/Sprachkurs besucht und/oder auf Arbeitssuche ist. Vor allem in den IKT-Branchen, wo die englische Sprache in der Regel Arbeitssprache ist und damit fehlende Deutschkenntnisse kein Hindernis darstellen, konnten Arbeitsplätze gefunden werden, die im Allgemeinen den Qualifikationen entsprechen und mit einer hohen Arbeitszufriedenheit einhergehen.

4.4. Probleme bei der Arbeitssuche: Die Bereitschaft zur Arbeit ist da, aber...

¹³ Generell lässt sich aus den Ergebnissen dieser Umfrage nicht ableiten, ob diese Vorfälle die Ausnahme sind oder ob sie auf viele Geflüchtete zutreffen. Wir halten es jedoch für wichtig, hier über einzelne Antworten zu diesem Thema zu berichten, um auf ein möglicherweise weit verbreitetes Risiko aufmerksam zu machen.

In den offenen Antworten werden Sprachprobleme, die Unvereinbarkeit von Familie und Beruf aufgrund fehlender Kita- und Schulplätze, fehlende Integration und Sprachkurse, psychologische Probleme, sowie Mangel an Informationsquellen als Probleme bei der Arbeitssuche bzw. als Grund nicht zu arbeiten genannt. Es wird auch als Nachteil empfunden, erwerbstätig zu sein, weil man für bestimmte Unterstützungsangebote und Leistungen selbst aufkommen müsse.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Die Schwierigkeit, das Leben in Deutschland als alleinerziehende Mutter zu organisieren, wird besonders hervorgehoben. Als größtes Problem wird das Fehlen von Kita- und Schulplätzen und die langen Wartezeiten auf einen Platz für die Kinder beschrieben, dass sowohl die Teilnahme an einem Integrations-/Sprachkurs als auch die Aufnahme einer Beschäftigung erschweren.

„Ein großes Problem sind fehlende Kita-Plätzen, es ist sehr schwierig, Unterkunft zu sichern, seit März bin ich immer mit meinem Kind bei verschiedenen Freunden, das ist sehr erschöpfend...Deswegen kann ich auch nicht in meinem Beruf arbeiten. Das ganze Anerkennungssystem bleibt unklar, das Jobcenter zieht auch alles immer in die Länge...die Sprachkurse auch.“ (Frau, 36, Berlin)

„Das größte Problem ist die Schule. Oder ihre Abwesenheit, soll ich sagen. Schon seit 6 Monaten besucht mein Sohn keine Schule, seit 4 Monaten schreibe ich jede Woche Briefe ans Schulamt und die Antwort ist immer gleich, "Es gibt keine Plätze und es gibt viele Menschen vor Ihnen auf der Warteliste", auch wenn alle Kinder aus unserem Heim schon vor 2 Monaten einen Platz bekommen haben. Mein Sohn wird Spiel- und TikTok-süchtig, er hat keine Möglichkeit, mit den Gleichjährigen zu kommunizieren und zu lernen. Deutsch lernen kann er auch schon seit 5 Monate nicht, auch wenn ich alles tue, was ich kann, sodass mein Sohn studieren kann. In der Ukraine wird der online-Unterricht schon seit langer Zeit nicht mehr angeboten. Selbst kann ich ihm nicht lehren, weil ich 4 Stunden pro Woche die Kurse besuche, dann muss ich kochen und unendlich lange die Fragen mit den Behörden und Unterlagen zu klären. Das ist unmöglich. Mir wurde schon eine Stelle angeboten, aber wegen der Schulsituation musste ich absagen. Wenn die Frage der Schule nicht gelöst wird, muss ich auf meinen Sprachkurs verzichten. Große Bitte an der deutschen Regierung, den Kindern eine Möglichkeit zu geben, mit den deutschen Kindern gleichberechtigt lernen zu können. Mein Sohn lernt schon seit 1.5 Jahren Deutsch und sofort eine deutsche Schule zu besuchen müsste kein Problem sein, auch wenn er eine Klasse wiederholen muss. [...]“ (Frau, 46, Berlin, seit August 2022 in Deutschland)

Integrations- und Sprachkurse mit Kinderbetreuung: Mehrere Aussagen über die Schwierigkeit, wegen der Kinder einen Sprach- und Integrationskurs zu besuchen, deuten darauf hin, dass es den befragten Geflüchteten entweder an Informationen über bereits bestehende Angebote mangelt oder dass nicht ausreichende, gut erreichbare Kursangebote mit Kinderbetreuung vorhanden sind.

„Zuallererst möchte ich allen Freiwilligen, den JC und anderen Behörden danken, die uns in Deutschland helfen. Für mich ist es ein Problem, dass ich sehr gerne einen Integrationskurs besuchen würde, aber zurzeit habe ich keine Möglichkeit, da ich ein kleines Kind habe. Mein Baby ist 6 Monate alt. Ich kann nirgendwo eine Information finden, ob ich Deutsch online lernen kann. Das wäre für alle Mütter mit kleinen Kindern sehr hilfreich.“ (Frau, 33, Berlin)

„Das größte Problem sind fehlende Kita Plätze. Ich bin mit meinem 3-jährigen Sohn 24/7. Deswegen kann ich weder ein Integrationskurs besuchen noch arbeiten.“ (Frau, 34, Brandenburg)

„[...] Das Erwerb von Sprachkenntnissen ist insofern schwierig, dass die Integrationskurse eine sehr unbequeme Zeit haben. Ich kann es nicht besuchen, weil mein Kind jede 2 Woche krank wird und die Kurse brauchen ständige Präsenz. Jetzt überlegen wir, ob wir in ein englischsprachiges Land umziehen sollen.“ (Frau, 33, Berlin)

Wahrgenommene Nachteile: Weiterhin berichten einige der Befragten, dass sie es als Nachteil empfinden, einen Job zu haben. Neben dem allgemeinen finanziellen Nachteil berichten sie auch, dass sie keine staatliche Unterstützung, wie kostenlose Beratungen und Integrations- oder Sprachkurse mehr erhalten könnten. In dieser Hinsicht scheint es eine Informationslücke über die weiteren Unterstützungsmöglichkeiten beim Jobcenter oder der Agentur für Arbeit sowie über die kostenlosen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Beratungsangebote zu geben.

„In Deutschland lohnt es sich nicht, zu arbeiten, weil man allein und ohne Unterstützung bleibt.“ (Frau, 49, Brandenburg)

„Der größte Teil der Beratungen für wichtige Fragen (Anmeldungen, Fragen zu Nebenkonten usw.) ist nur für diejenigen zugänglich, die Sozialleistungen bekommen. Niemand denkt darüber nach, dass wenn man eine Arbeit bekommt, man den ganzen Lohn für Miete und Kautionsausgabe ausgibt. Und ich spreche noch nicht davon, dass es kein Bett in der Wohnung gibt. Wie soll man bis zum nächsten Monat überleben?! Und die Sozialämter fordern schon Rückzahlungen für die Zeit, die man gearbeitet hat, aber man hat kein Geld, um zu essen und um Kräfte für die Arbeit zu sammeln. Und über die Beratungen selbst spreche ich auch nicht: wenn man arbeitet, muss man schon zahlen. Genau die gleiche Sache passiert mit Integrationskursen, sobald man eine Arbeit hat, gehört man nicht mehr zu den Geflüchteten und diese Option ist nicht mehr verfügbar. Wie soll man denn die Sprache lernen? Und lohnt es sich überhaupt zu arbeiten, wenn man nur mit Sozialhilfe alle Privilegien bekommt? Ja, ich interessiere mich dafür, zu arbeiten, weil ich nicht daran gewöhnt bin, von jemandem abhängig zu sein, aber mindestens die Kurse könnten billiger sein... Diejenigen, die arbeiten, sind genauso Ukrainer*innen, wie diejenigen, die Sozialhilfe bekommen, aber sie sind von Hilfe beraubt. Streng gesagt, ist das Diskriminierung. Ich verstehe, dass es Deutsche gibt, die sich in gleichen Umständen befinden, aber sie sind bei ihnen zuhause, nicht mit nur einem Koffer, sie haben hier Familie und Freunde!“ (Frau, 39, Berlin)

Spracherwerb: Deutsche Sprachkenntnisse sind in vielen Branchen Voraussetzung für eine Einstellung, so dass der Spracherwerb zentral für den Weg zu einer qualifikationsadäquaten Beschäftigung ist. In einer offenen Antwort wurde die Schwierigkeit, einen Platz in einem Sprachkurs in einer Kleinstadt zu finden, aufgeworfen. Neben ausreichend Kursplätzen wurde eine Stelle, die gebündelt Unterstützung für den Spracherwerb anbietet, gefordert.

„Es mangelt sehr an zentralisierter Hilfe für den Erwerb der Sprache. Alle sagen, dass ich die Sprache lernen muss, aber niemand hilft dabei, und selbst können sie keine Fremdsprachen, was uns bei der Kommunikation helfen könnte. In meiner Region gibt es nur eine Sprachschule und seit Februar versuche ich, einen Platz da zu kriegen, aber vergeblich. Mir wurde immer abgesagt durch einen Mangel an Plätzen, und seit September antworten sie auf meine Mails und Anrufe gar nicht mehr. Andere Ukrainer*innen in meiner Kleinstadt haben

das gleiche Problem. Am Ende musste ich selbst für einen Sprachkurs an einer privaten Sprachschule zahlen, weil mir im Jobcenter gesagt wurden, dass sie mir diesen Kurs nicht zurückzahlen können (alle Rechnungen und Zeugnisse hatte ich).“ (Frau, 22, Brandenburg)

Zugang zu qualifizierter Beschäftigung: Ein weiteres Thema der Arbeitssuche ist die qualifikationsadäquate Beschäftigung, bei der die Einstellungen stark auseinander gehen: 46,7 % der befragten Arbeitssuchenden erklären, dass sie auch unterhalb ihres Qualifikationsniveau arbeiten würden. 53,3 % der arbeitssuchenden Befragten geben an, dass sie eine Arbeit nur dann in Betracht ziehen würden, wenn sie ihren Qualifikationen entspräche. Die Problematik und Sorge über einen qualifikationsadäquaten Zugang zum Arbeitsmarkt wird auch in den offenen Antworten thematisiert.

„Ich interessiere mich über Informationen für hochqualifizierte Arbeitskräfte auf dem deutschen Arbeitsmarkt, weil normalerweise sind bei Arbeitsmessen nur einfachste, niedrig bezahlte Stellen angeboten.“ (Frau, 47, Berlin)

„Ich habe viel Angst vor der Arbeitssuche, ich habe Angst, dass die Arbeit sehr weit unter meinem Qualifikationsniveau liegt [...]“ (Frau, 30, Berlin)

„Mein Englischniveau würde es mir erlauben, zu arbeiten, aber niemand will es ausprobieren. Die Arbeitsmessen bieten nur technische Arbeit an (z.B. eine Putzfrau an einem Hotel, 8 Euro/Std., mit dem Norm von 12 Euro/Std.)“ (Frau, 40, Berlin)

5. Bleibeabsichten und -perspektiven in Deutschland

Für die Entscheidung, nach Kriegsende in Deutschland zu bleiben, spielen zum einen Faktoren in der Aufnahmegesellschaft eine zentrale Rolle, die mit grundlegenden Rahmenbedingungen für eine mindestens mittelfristige Bleibe- und Arbeitsperspektive einhergehen: das ausreichende Angebot von Kita- und Schulplätzen, Sprach- und Integrationskursen sowie attraktiven Arbeitsplätzen und -bedingungen. Zum anderen sollten auch persönliche und familiäre Gründe oder Wünsche, wie das Gefühl der Verbundenheit mit der neuen Umgebung, die sozialen Kontakten und Netzwerke in Deutschland, bei der Analyse der Verbleibegründe nicht außer Acht gelassen werden. Darüber hinaus zeigt die bisherige Forschung, dass viele Zugewanderte zwar gerne in ihr Heimatland zurückkehren würden, diese Absicht aber aus vielschichtigen Gründen nicht immer in die Tat umsetzen.

Innerhalb der nächsten 6 Monate plane ich...

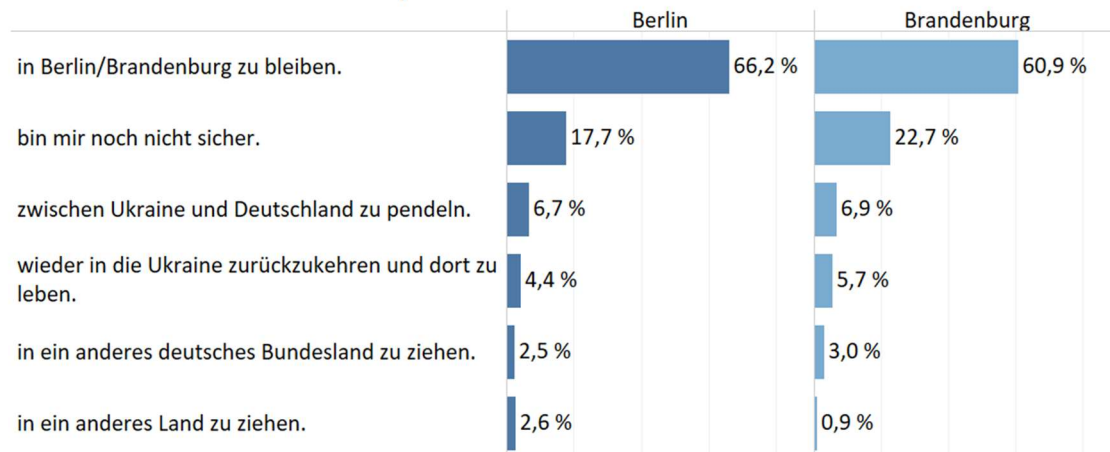


Abbildung 4: Verbleibabsichten innerhalb der nächsten 6 Monate in Berlin/Brandenburg.

Antworten auf die Frage „Innerhalb der nächsten 6 Monate plane ich...“. n (Berlin) = 671, n (Brandenburg) = 335 © Minor

Nach den Umfrageergebnissen plant die Mehrheit der Befragten, für das nächste halbe Jahr in Berlin/Brandenburg zu bleiben. Auch wenn diese Antworten getrennt nach den Bundesländern Berlin und Brandenburg ausgewertet werden, zeigen die Geflüchteten ähnliche Antworttendenzen in beiden Bundesländern. Mit einem Vorsprung von 5,3 Prozentpunkten äußern die in Brandenburg lebenden Geflüchteten seltener den Wunsch, in dem Bundesland zu bleiben. Dieser Unterschied scheint jedoch darauf zurückzuführen zu sein, dass die in Brandenburg lebenden befragten Geflüchteten eine höhere Unsicherheit zeigen als die in Berlin lebenden (Differenz von 5 Prozentpunkten). Ansonsten scheint die Entscheidung, in die Ukraine zurückzukehren, in ein anderes Land oder in ein anderes Bundesland zu ziehen oder zwischen der Ukraine und Deutschland zu pendeln, bei den in Brandenburg und Berlin lebenden Befragten gleich wahrscheinlich zu sein (Abbildung 4).

Auf die Frage, ob sie nach dem Ende des Krieges in der Ukraine leben möchten, geben 30,1 % der in Brandenburg lebenden Befragten an, dass sie nach dem Ende des Krieges in die Ukraine zurückkehren würden, während 16,1 % nicht wieder in der Ukraine leben möchten. In Berlin geben 31,2 % der Befragten an, dass sie in die Ukraine zurückkehren würden, während 20,0 % dies verneinten. Die Unsicherheit ist bei den in Brandenburg lebenden Geflüchtete auch größer, wenn es um langfristige Aussagen oder um Pläne innerhalb der nächsten sechs Monate geht (53,7 % vs. 48,8 %) (Abbildung 5).

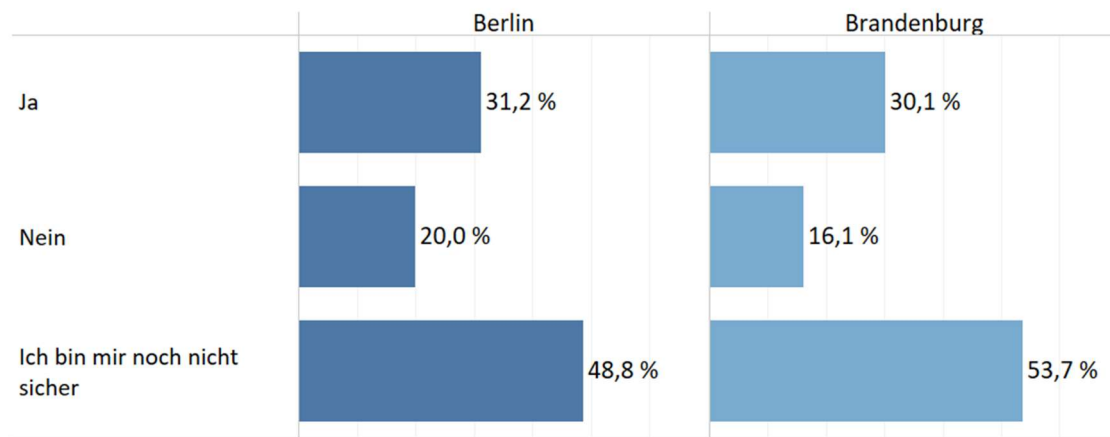


Abbildung 5: Rückkehrabsichten von befragten Geflüchteten nach Kriegsende in die Ukraine. Antworten auf die Frage „Wenn der Krieg zu Ende ist, möchte ich wieder in der Ukraine leben.“ n (Berlin) = 689, n (Brandenburg) = 335 © Minor

Aktuell möchte lediglich ein Viertel der Geflüchteten nach dem Ende des Krieges in die Ukraine zurückkehren. Ein Viertel ist wiederum aktuell entschieden, nicht in die Ukraine zurückzukehren, während zwei Viertel noch unentschlossen sind. Wenn die Antworten getrennt nach Geschlecht betrachtet werden, so ist der Anteil derjenigen, die wieder in der Ukraine leben möchten, bei Männern (31,3 %) und Frauen (31,0 %) fast gleich hoch. Allerdings gibt es einen Unterschied beim Prozentsatz derjenigen, die nach dem Kriegsende nicht wieder in der Ukraine leben würden. So geben 17,1 % der Frauen an, dass sie nicht in Erwägung ziehen würden, nach dem Krieg wieder in der Ukraine zu leben, während dieser Wunsch bei den Männern mit 29,8 % deutlich höher ist. Dementsprechend ist die Zahl der Unentschlossenen bei den Frauen (51,9 %) deutlich höher als bei den Männern (38,9 %).

Aus den Antworten auf die offene Frage wird deutlich, dass viele Befragte Sorge und auch Empörung empfinden, als Bedürftige oder Nutznießer des deutschen Sozialsystems gesehen zu werden. Darüber hinaus kritisierten einige Befragte die Assoziation von Geflüchteten mit Menschen, die vor Armut und Perspektivlosigkeit fliehen mussten, und äußerten ihr Unbehagen über die Vorstellung, dass es Geflüchteten aus der Ukraine in Deutschland wirtschaftlich und in Bezug auf Bildungschancen besser gehen würde.

„Meiner Meinung nach ist es ein großes Problem, dass es eine Betrachtungsweise gibt, wo die geflüchtete Person als solche angesehen werden, die eine ,unglaublich gute Möglichkeit haben, die deutsche Bürgerschaft und das Geld der deutschen Steuerzahler zu bekommen. Der größte Teil von uns will hier nicht bleiben, euer Geld brauchen wir auch nicht (Frauen mit Kindern, Menschen mit Behinderung usw. ist schon eine andere Frage, ich meine aber die jungen ohne Kinder). Wir wollen nur hier abwarten, wie bei unseren Nachbarn, wir wollen legal arbeiten, um unseren eigenen Lebensunterhalt zu verdienen und nützlich für den Staat zu sein, der uns in schwierigen Zeiten Asyl gegeben hat. Aber meistens werde ich als eine arme Person behandelt, die vom Leben in Deutschland träumt, als ob ich nicht vor Krieg geflohen wäre, sondern für die Staatsbürgerschaft und Geldzahlungen gekommen bin. Die Menschen haben Probleme zu glauben, dass ich in der Ukraine genauso gut verdient habe, wie sie hier, und ein deutlich höheres Lebensniveau hatte, als was ich mir jetzt leisten kann.“

Sie verstehen es auch kaum, warum ich nach Hause will, sie glauben daran nicht.“ (Frau, 26, Berlin)

„[...] sehen sie die Ukrainer*innen bitte nicht als diejenigen, die hierhergekommen sind, um für immer zu bleiben. Glauben Sie mir, das ist für hochgebildete Ukrainer*innen nicht der Fall (die auch keine Arbeit finden können, die ihren Qualifikationen entspricht). Die Mehrheit von uns wartet nur auf die Möglichkeit, wieder nach Hause zu gehen.“ (Frau, 30, Berlin)

6. Erfahrungen und Probleme nach einem Jahr des Krieges

6.1. Erfahrungen mit Berliner und Brandenburger Behörden

Der quantitative Teil des Fragebogens zeigt, dass die befragten Geflüchteten ihre Erfahrungen mit den Behörden im Durchschnitt positiv beurteilen (siehe Abbildung 11). Aus den Antworten der Befragten auf die offenen Fragen¹⁴ lassen sich jedoch auch Schwierigkeiten im Umgang mit den Behörden in Deutschland ableiten. Probleme, wenn sie explizit genannt werden, beziehen sich meist auf die Sozialämter, das Landesamt für Einwanderung und die Jobcenter. Es gibt aber auch allgemeine Antworten, die sich nicht auf eine bestimmte Behörde beziehen, wie z. B. „es gibt zu viel Bürokratie in den deutschen Behörden“.

Die offenen Antworten geben einen Einblick in vielfältige Probleme, mit denen die Befragten während ihrer Behördengänge konfrontiert sind, wie z. B. im Umgang mit komplexer deutscher Bürokratie, die Länge der Bearbeitungsdauer, sowie die Erfahrungen von Zurückweisung aus Gründen, die von den Befragten nicht immer nachvollzogen werden können. Diskriminierungserfahrungen, verspäteter Eingang von Geldzahlungen, Verlust von Unterlagen und Fehler beim Ausfüllen von Dokumenten durch die Beschäftigten gehören zu den häufig genannten Problemen. Außerdem wurde vereinzelt von den Befragten der Mangel an digitalen Angeboten angesprochen (siehe Abbildung 6).

¹⁴ In dem Abschnitt 6.1 werden nur die Antworten auf die zweite offene Frage „Wenn Sie Anmerkungen haben oder sich zu einem Thema äußern möchten, das in dieser Umfrage nicht ausdrücklich angesprochen wurde, können Sie dies hier gerne schreiben.“ dargestellt. Die Antworten auf diese Frage beinhalten bereits Einschätzungen über das Jobcenter, die wir in diesem Abschnitt entsprechend berücksichtigt haben. Die Antworten auf die explizite, offene Frage zu den Jobcentern werden in Abschnitt 6.3 separat analysiert und dargestellt.

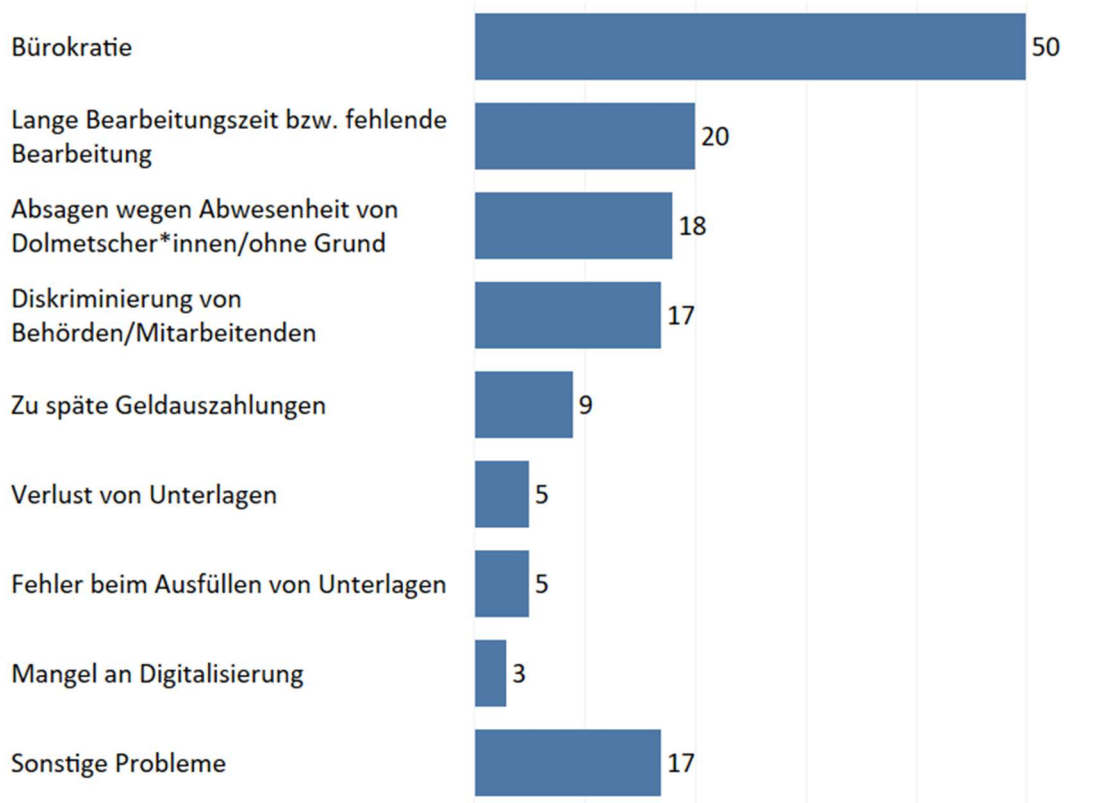


Abbildung 6: Angaben über die Probleme bei den Berliner/Brandenburger Behörden.

Häufigkeit der Nennungen in den Antworten auf die offene Frage „Wenn Sie Anmerkungen haben oder sich zu einem Thema äußern möchten, das in dieser Umfrage nicht ausdrücklich angesprochen wurde, können Sie dies hier gerne schreiben.“ © Minor

Die bürokratische Komplexität und Schwerfälligkeit der Berliner und Brandenburger Behörden im Allgemeinen wurde von vielen befragten Geflüchteten als wesentliche Einschränkung in vielen Bereichen ihres Lebens in Deutschland empfunden - vom Erhalt ihrer Leistungen bis zur Erreichbarkeit von Informations- und Beratungsdiensten.

Darüber hinaus erwähnen die Befragten lange Wartezeiten für Termine, lange Bearbeitungszeiten und Fehlinformationen.

„In Berlin sind die Schlangen im Sozialamt sehr lang, die Sprechzeiten sind nur an 3 Tagen pro Woche, 3,5 Stunden. Man muss für 7 Stunden in der Warteschlange sein, um es reinzuschaffen. Die ganze Zeit muss man draußen warten in der Kälte oder im Regen. Es dauert sehr lang bis man Antworten auf die Fragen bekommt. Für 3 Wochen haben wir auf eine Antwort über eine Wohnungsfrage gewartet, und in dieser Zeit wurde sie schon an andere Menschen vermietet [...]“ (Frau, 58, Berlin)

„Man muss sehr lange auf die Unterlagen aus der Ausländerbehörde warten (ich habe meine Unterlagen am 3. April eingereicht, am 1. Dezember hatte ich immer noch nichts bekommen). Es gibt kein Feedback-Mechanismus für so einen langen Prozess und für irreführende Informationen von den Mitarbeitenden der Ausländerbehörde, es gibt keine Kommunikation (auf E-Mails antworten sie erst 6 Monate später, auf die Telefonanrufe

antworten sie gar nicht, wenn man selbst kommt, wird man einfach rausgeworfen). Auch gibt es keine Fristen für Antworten und vor Ort Beratungen. Im Krankenhaus wurde mir abgesagt, weil ich kein Deutsch konnte, und einen Dolmetscher mitbringen sollte, wofür ich keine Möglichkeit hatte. Man bekommt keine Informationen über die Anträge seitens der Jobcenter, wenn man nicht alle Unterlagen zusammen hat, und ohne telefonische Überprüfung kann man ein Anmelde-Konto nicht aktivieren (deswegen konnte ich von Juni bis November keine Anträge stellen).“ (Divers, 24, Brandenburg)

Darüber hinaus zeigten sich die Befragten überrascht von der Tatsache, dass in den Behörden nur auf Deutsch kommuniziert werden kann.

„Es ist beachtlich, dass so viele Beamte oder Angestellte gar kein Englisch können. Sie sagen oft, dass man mit seinem eigenen Dolmetscher*in kommen muss [...].“ (Frau, 48, Berlin)

6.2. Fehlende Bündelung der aktuellen Informationsangebote

Es ist allgemein bekannt, dass Zugewanderte in deutlich höherem Maße als die deutsche Durchschnittsbevölkerung soziale Medien als Informationsquelle nutzen. Laut aktuellen Studien werden diese von Zugewanderten häufig als Wissens- und Selbsthilfequelle an erster Stelle genannt, nach der eigenen Familie und Freundschaften (Pfeffer-Hoffmann 2022: 13). Aus der vorliegenden Umfrage geht hervor, dass unter den befragten Geflüchteten aus der Ukraine Telegram-Gruppen am beliebtesten zur Beschaffung von Informationen sind, gefolgt von offiziellen Webseiten und Informationsangeboten vor Ort. Erst danach folgen Facebook-Gruppen, Online-Beratungsangebote, WhatsApp- und Viber-Gruppen.

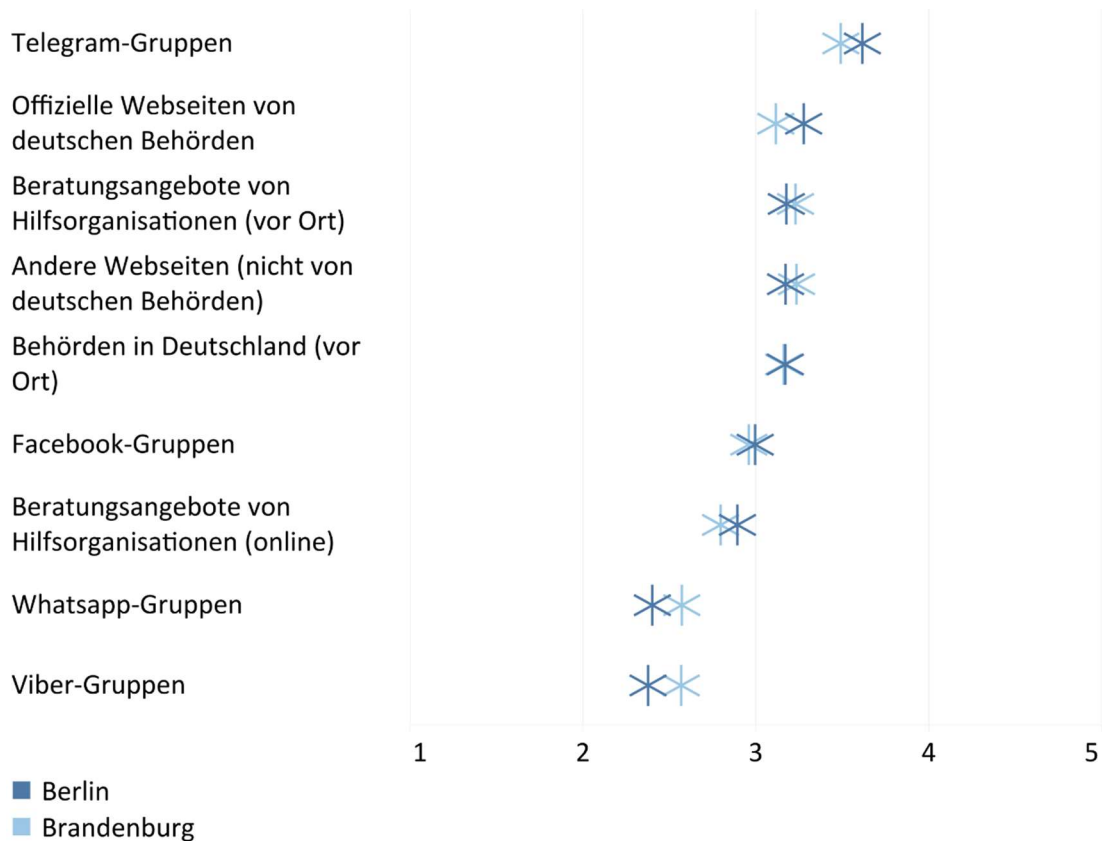


Abbildung 7: Nützlichkeit von Informationsangeboten für Behördengänge in Deutschland. Skala von 1 (gar nicht hilfreich) bis 5 (sehr hilfreich). Jeweils Mittelwert. n (Berlin) = 622/645/556/618/599/550/501/457/474, n (Brandenburg) = 293/303/270/289/283/272/241/227/239 © Minor

In den letzten Jahren wurden die Informationsangebote, die (Neu-)Zugewanderte in der Ankommensphase unterstützen sollen, seitens der Institutionen, Behörden, Programmen und Organisationen deutlich ausgebaut; mehrere von diesen wurden in ukrainischer und russischer Sprache bereitgestellt. Einige Befragten merken jedoch an, dass die Vielfalt der Informationsangebote bei fehlender Bündelung und Aktualisierung zu Verunsicherungen und Verzögerungen im Ankommensprozess führen kann.

„Es ist ein Problem, dass es viele Informationen aus verschiedenen Quellen gibt, aber sie sind oft unklar oder nicht mehr aktuell (veraltet). Ein Beispiel: Ich wohne in Tegel (Anm. der Autorin: Gemeint ist wahrscheinlich das Ukraine Ankunftszentrum im ehemaligen Flughafen Tegel) und ich weiß jetzt nicht, was ich als nächstes machen muss. Welche Dokumente braucht man, wohin muss man dafür gehen, was kann ich beantragen, welche Rechte habe ich? Niemand erzählt hier etwas... Die Mitarbeiter helfen mit dem Alltäglichen, aber was kann man außerhalb Tegels machen? Es gibt keine klaren Informationen, keine Anweisungen. Ich habe mit anderen Menschen gesprochen, die genauso hier wohnen, und viele sind in der gleichen Situation. [...] Es wäre schön, wenn ich so schnell wie möglich arbeiten dürfte, ich bin jung und will arbeiten. Ab wann ist das möglich, wie macht man das??? Unklar...“ (Frau, 32, Berlin)

„Die Mehrheit von Webseiten deutscher Behörden sind auf Deutsch, keine Übersetzung wird zur Verfügung gestellt; digitale Services sind sehr begrenzt und es dauert 2 Wochen [...].“ (Frau, 47, Berlin)

Der Bedarf nach Bündelung und kontinuierlicher Aktualisierung von digitalen Informationsangeboten ist gegenwärtig ein Thema auch außerhalb der ukrainischen Community in Deutschland. Es wird generell als sinnvoll erachtet, die Angebote gezielter an den konkreten Bedürfnissen der (Neu-)Zugewanderten auszurichten.¹⁵

6.3. Erfahrungen mit dem Jobcenter

Die Befragten wurden in der Umfrage gebeten, ihre Erfahrungen mit den Jobcentern in Berlin oder Brandenburg auf einer Skala von 1 bis 4 zu bewerten. Insbesondere die individuelle Erfahrungsebene mit den Mitarbeiter*innen der Jobcenter wie Freundlichkeit, verfügbare Zeit und das Eingehen auf die vorgebrachten Anliegen, werden tendenziell positiv bewertet. Die Kategorien, die sich auf den Inhalt der Beratung beziehen wie die fachliche Qualität, nützliche Informationen oder die Verständlichkeit der Kommunikation, werden etwas weniger positiv bewertet. Ungleiche Behandlungserfahrungen oder das Ausbleiben einer Bearbeitung des Anliegens werden hingegen wenig bis gar nicht bemängelt.

¹⁵ Mit dieser Frage beschäftigen sich z. B. die Studie der IQ Fachstelle Einwanderung „Für Menschen, nicht für Institutionen...“ (siehe Hampel & Spitaleri 2022) sowie das Projekt „Digital Active Women“ (siehe Berger & Pallmann 2022) unter dem Titel „Wie Beratungs- und Informationsangebote besser ankommen“: in beiden Vorhaben wurden bestehende digitale Informationsangebote durch die Citizen Science-Methode von Neuzugewanderten selbst bewertet und Handlungsbedarfe an die Informations anbietenden Institutionen und Akteuren erarbeitet. (Siehe <https://minor-kontor.de/digital-active-women/>)

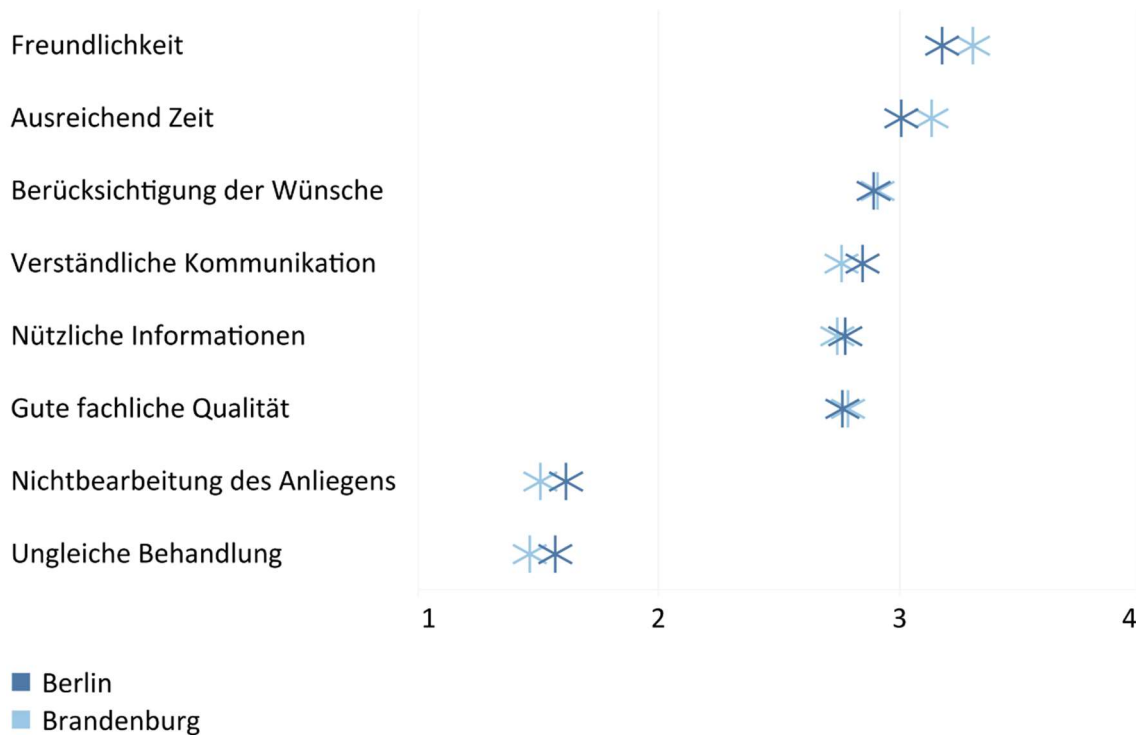


Abbildung 8: Erfahrungen mit den Jobcentern nach Wohnort/Bundesland.

Skala von 1 (trifft gar nicht zu) bis 4 (trifft vollkommen zu). n (Berlin) = 525/524/529/520/519 /518/518/520, n (Brandenburg) = 290/290/289/288/288/287/283/284 © Minor

Laut einer Umfrage von Minor im Jahr 2019 unter in Berlin lebenden neu zugewanderten EU-Bürger*innen stellen mangelnde Sprachkenntnisse bzw. mangelnde Nutzung verfügbarer Instrumente seitens der Jobcenter oder der Agentur für Arbeit (z. B. Dolmetscher-Hotline) eine erhebliche Barriere beim Zugang zu den Angeboten der Berliner Jobcenter und der Agentur für Arbeit dar (siehe Pfeffer-Hoffmann 2020). Ob dies auch auf Geflüchtete aus der Ukraine zutrifft, wurde durch eine Frage nach der sprachlichen Unterstützung, die Geflüchtete von den Jobcentern erhalten oder angeboten bekommen, untersucht.

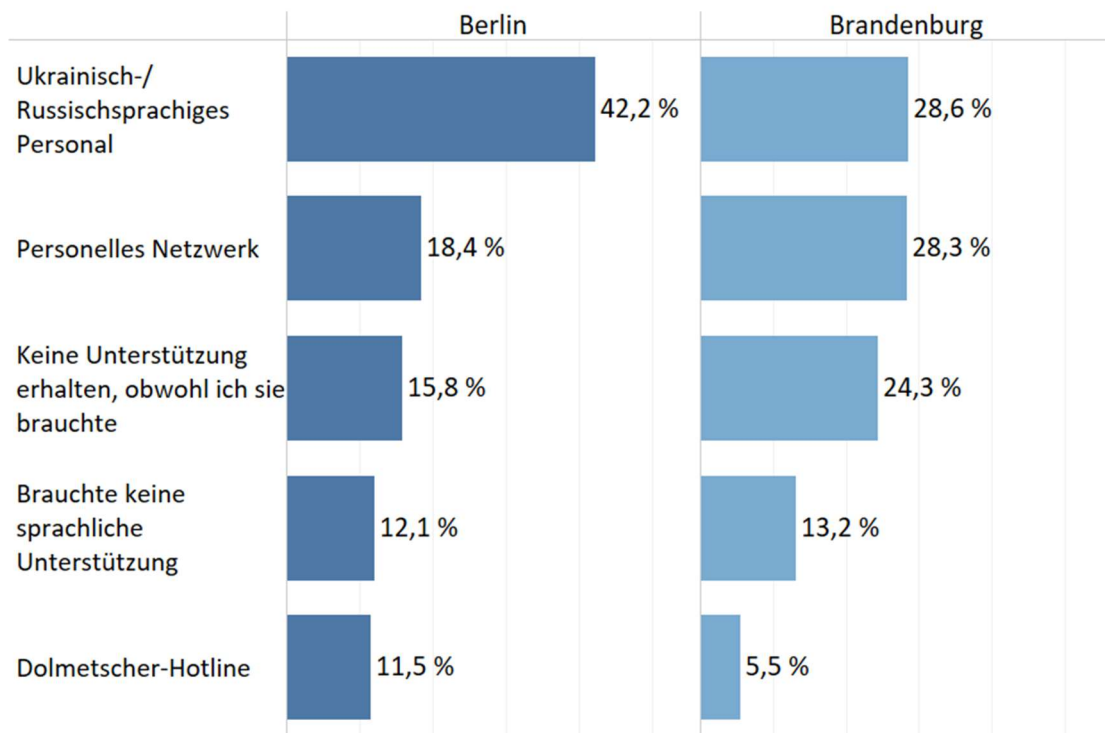


Abbildung 9: Erhaltene sprachliche Unterstützung in den Jobcentern nach Wohnort.¹⁶

Mehrfachauswahl möglich. n (Berlin) = 275/120/103/79/75, n (Brandenburg) = 93/92/79/43/18 © Minor

42,2 % der in Berlin lebende befragten Geflüchteten geben an, dass sie von den ukrainisch/russisch sprechenden Mitarbeiter*innen des Jobcenters sprachliche Unterstützung erhalten haben. 18,4 % der Befragten nutzten zur sprachlichen Unterstützung im Jobcenter ihr persönliches Netzwerk. 11,5 % erhielten über eine Dolmetscher-Hotline/ein Dolmetscher-Telefonunterstützung. Allerdings geben 15,8 % der Befragten an, dass sie sprachliche Unterstützung brauchten, aber diese nicht erhalten haben.

Der Anteil der Befragten, die durch ukrainisch-/russischsprachige Beschäftigte unterstützt wurden, ist in Brandenburg mit 28,6 % viel geringer als in Berlin. Der Anteil der Befragten, die Sprachunterstützung durch ihr persönliches Netzwerk erhalten haben, ist dagegen in Brandenburg mit 28,3 % höher als in Berlin. Eine*r von vier in Brandenburg lebenden Befragten gibt an, keine Sprachunterstützung erhalten zu haben, obwohl sie diese benötigte.

Wie oben dargestellt, ist die Mehrheit der Geflüchteten mit den Mitarbeiter*innen der Jobcenter zufrieden (Abbildung 8). In einem offenen Antwortformat berichten die Befragten über ihre schlechten Erfahrungen mit den Jobcentern bzw. einzelnen Mitarbeitenden. Viele Aussagen beziehen sich auf Probleme, die sich auf der organisatorischen Ebene bündeln lassen, wie z. B. Nichterreichbarkeit der Mitarbeitenden, lange Bearbeitungszeiten sowie bürokratische

¹⁶ Bei dieser Frage waren Mehrfachantworten möglich. Daher summieren sich die angegebenen Prozentsätze nicht zu 100 %.

Probleme im Allgemeinen. Ein weiterer Themenbereich clustert Aspekte, die wir unter sprachliche Hürden und Kommunikationsprobleme zusammengefasst haben. Darunter fallen z. B. mangelnde oder widersprüchliche Informationen, Mangel an Dolmetscher*innen oder fehlende Deutschkenntnisse der Befragten (siehe dazu den Überblick, Abbildung 10).¹⁷

Viele Befragte betonen, dass sie aufgrund ihrer mangelnden Deutschkenntnisse keine Lösungen ihrer Probleme vom Jobcenter erhalten. Die sprachliche Schwierigkeit fand damit in den Antworten auf die offenen Fragen mehrfach als Zugangsbarriere Erwähnung.

„Einige Mitarbeiter wollten mit mir kein Englisch sprechen, auch wenn sie Englisch konnten, und ich kann noch kein Deutsch.“ (Frau, 39, Brandenburg)

"Sie wollen kein Englisch sprechen, auch wenn sie Englisch können. Und dem Übersetzer*in hören sie auch nicht zu. Es ist sehr schwierig von Zeit zu Zeit, eine gemeinsame Sprache zu finden, aber sie machen ihre Arbeit immer und zählen alle Wünsche mit. Dafür bin ich sehr dankbar." (Frau, 24, Brandenburg)

¹⁷ Wichtig ist zu betonen, dass diese Frage offen gestellt ist: „Haben Sie weitere Anmerkungen zu Ihren Erfahrungen mit dem Jobcenter?“. Es ist daher zu erwarten, dass Befragte, die keine schlechten Erfahrungen gemacht haben, diese Frage seltener ausfüllen und dementsprechend seltener positive Aussagen in den Antworten vorkommen. Im Gegensatz zu den positiven Aussagen werden die kritischen Punkte jedoch im Text und mit Hilfe von Visualisierungen näher erläutert, um Zugangsbarrieren/Schwierigkeiten zu identifizieren und so zur Verbesserung/Weiterentwicklung von Dienstleistungen beizutragen.

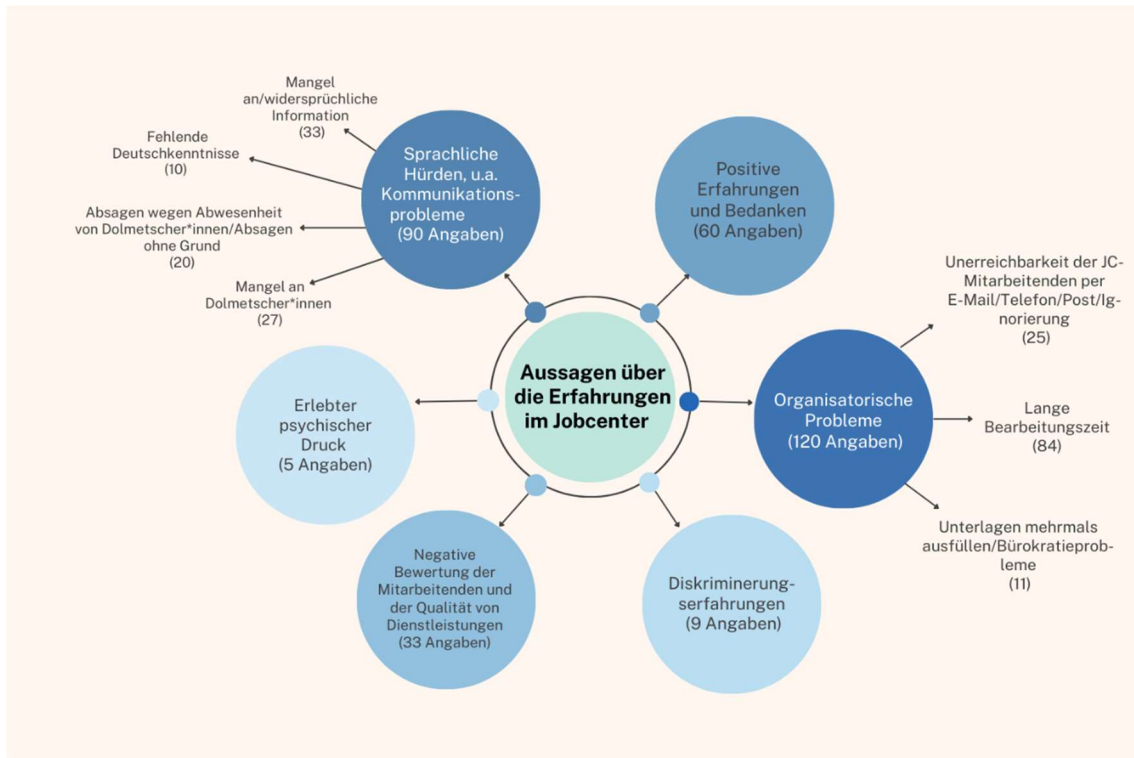


Abbildung 10: Aussagen über die Erfahrungen der Befragten bei den Jobcentern.

Häufigkeit der Nennungen der Themenbereiche in den offenen Antworten auf die Frage „Haben Sie weitere Anmerkungen zu Ihren Erfahrungen mit dem Jobcenter?“ © Minor

Einige der Befragten berichten auch von ihrem Eindruck, dass die Beschäftigten der Jobcentern einen großen Entscheidungsspielraum haben. So hängen manche Entscheidungen von einer Person ab und dies wird besonders negativ empfunden, wenn z. B. ein Antrag abgelehnt wird.

„[...] In deutschen Behörden trifft eine Person selbst die Entscheidung über der Zukunft von Geflüchteten. Das kann jemand sein, der auch wenig Kraft hat und es ablehnt, deine Dokumente anzunehmen.“ (Frau, 35, Brandenburg)

„[...] es ist schade, dass viele Entscheidungen nur durch die subjektive Einschätzung der Mitarbeitenden des Jobcenters getroffen werden. [...] Die Hauptfrage an das Jobcenter ist, warum können sie die Frage der Auszahlungen nicht lösen? Es ist schon nicht mehr der erste Monat des Krieges, aber das Problem, dass die Menschen, die im Ankunftszenrum Tegel wohnen, keine IBAN bekommen können, um diese an das Jobcenter zu übergeben, existiert immer noch.“ (Frau, 31, Berlin)

Das Fehlen von einem direkten, schnellen Informationsaustausch mit den Jobcentern über den Stand der Bearbeitung wird als sehr belastend empfunden, wobei die Kommunikationswege und -formen (Brief, E-Mail oder Telefon) für die Befragten nicht eindeutig sind.

„Ich bin sprachlos. Ich bin von der Arbeitseinstellung der Beamten und Mangel an konkreten Informationen empört, sie kommunizieren gar nicht miteinander und sind komplett unzuverlässig. Ich habe 20 Briefe an das Jobcenter geschrieben, und als ich angerufen habe, konnte ich jemanden nur nach dem 10. Mal erreichen. Es wurde mit mir Englisch gesprochen, und gesagt: ‚Ach, Ihre Dokumente haben wir nicht bemerkt, sie sind zurzeit nicht in

der Bearbeitung'. Ich bin empört und wütend. [...]. Der Dienstleistungsbereich ist auch im schlechten Sinne des Wortes beeindruckend. Ich dachte früher, dass weil es hier ‚Europa‘ ist, muss alles bestimmten Standards entsprechen. Aber nein. Vielleicht vergleiche ich zu viel. Aber am schlechtesten waren für mich die staatlichen Behörden. Aber im Allgemeinen gefällt mir Berlin sehr gut, es gibt viele interessante Menschen und Orte.“ (Frau, 23, Berlin)

Der fehlende innerbehördliche Austausch oder ein Umzug von einem Bezirk in den anderen, der mit einer erneuten Antragstellung einhergeht, erschweren den Antragsprozess und verlängern aus Sicht der Befragten die oft langen Bearbeitungszeiten noch zusätzlich.

„Mir gefällt es nicht, dass man sich bei jedem Umzug bei einem neuen Jobcenter anmelden muss. Am Anfang war es ein Jobcenter im Ankunftszentrum Tegel. Dann wurden wir umgesiedelt, man musste zu einem anderen Jobcenter gehen. In zwei Monaten ziehen wir wahrscheinlich noch einmal um und dann muss man wieder zu einem neuen JC gehen, wenn das ein anderer Bezirk ist. Und alles geht sehr langsam. Als ich meinen Antrag beim Jobcenter gestellt habe, habe ich schon 2 Wochen verpasst, bevor ich die Unterlagen zur Ausfüllung bekommen habe. Die habe ich ausgefüllt, jetzt muss ich 3-4 Wochen warten, bis sie geprüft werden. Seit dem 8. Dezember bekomme ich kein Geld. In 1.5 Monaten hat das Sozialamt für meinen Mann und mich 450 Euro ausgegeben. Und bis ich registriert bin, kann ich keinen Brief bekommen, um ein Abo zu machen (Berlin-Pass wurde gecancelt) oder eine Versicherung machen. Ich darf nichts und muss lange warten.“ (Frau, 24, Berlin)

Hinter den oft beklagten langen Bearbeitungszeiten und als sehr verzögert erlebten Kommunikationswegen, stehen jedoch existentielle Notlagen für die Befragten.

„Die Kommunikationswege sind sehr unbequem, ich schicke eine E-Mail und bekomme einen Brief in 3 Wochen. Einige Briefe sind zu spät angekommen, als die Frist, die im Brief stand, schon fast abgelaufen war. Im Jobcenter habe ich Beschäftigte aus Russland getroffen und sie haben mich respektlos behandelt.“ (Frau, 21, Berlin)

Einige Befragte berichten auch über ihre Unzufriedenheit mit der Behandlung durch Mitarbeitende, z. B. über mangelndes Mitgefühl oder über Respektlosigkeit.

„Meine Erfahrung mit dem Mitarbeiter des JC ist die schlimmste, was mit mir in Deutschland passiert ist. Ich habe keine Antwort auf alle meine E-Mails bekommen. Die Kommunikation vor Ort war respektlos und demütigend. Mir wurde es nicht erlaubt, auf Englisch zu sprechen und die Hilfe eines Dolmetschers wurde mir abgesagt, auch wenn er schon da war.“ (Frau, 38, Berlin)

„Die negative Einstellung der Mitarbeiter der Jobcenter gegen Freelancer hat mich schockiert. Und ich hatte Lust und Möglichkeit selbständig zu arbeiten, aber von der Seite der Jobcenter-Mitarbeiter habe ich nur Respektlosigkeit erfahren.“ (Frau, 38, Berlin)

7. „Post Migration Living Difficulties“

Zahlreiche wissenschaftliche Studien haben gezeigt, dass Zugewanderte in ihrem Aufnahmeland häufig zusätzlichen alltäglichen Stressfaktoren ausgesetzt sind. Diese mit der Spezifik der (Flucht-)Migration und dem Ankommen im Aufnahmeland verbundenen sogenannten Stressoren können sich negativ auf die psychische Gesundheit auswirken (Bogic et al. 2015).

„Post Migration Living Difficulties“ (PMLD) ist eine Checkliste, die von Silove et al. (1998) entwickelt wurde, um die Belastungen und Schwierigkeiten, die bei Zugewanderten bzw. Geflüchteten auftreten können, zu erfassen und zu messen. Die in der PMLD-Checkliste zusammengefassten Herausforderungen sind: Zwischenmenschliche Faktoren wie Sprach- und Kommunikationsprobleme, Diskriminierungserfahrungen, Erfahrungen im Umgang mit Behörden, Wohnungsprobleme, Arbeitssituation, Armut sowie psychologische Faktoren wie Einsamkeit, Langeweile, Heimweh oder Sorgen um die Familie im Heimatland.

Die Skala enthält ursprünglich 26 Items mit einer jeweils 7-Punkte-Bewertungsskala, die von Wissenschaftler*innen für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen sowie Länder adaptiert und teilweise verändert wurden.

In der vorliegenden Erhebung verwenden wir die Kurzversion der Checkliste nach Semmlinger & Ehring (2022). Die Fragen wurden geringfügig verändert und an die Situation der Geflüchteten aus der Ukraine angepasst. Die Items zu den Erfahrungen mit dem BAMF wurden aus der Checkliste entfernt, da sie für diese Gruppe der Ukrainer*innen nicht relevant sind. Stattdessen ergänzten wir die Liste um Items zu Erfahrungen mit den deutschen Behörden (Ausländerbehörde, Jobcenter bzw. auch Sozialämtern). Wir betrachten die neuen Items in ihrer Funktion und den erfassten Konstrukten als gleichwertig mit den von uns entfernten. Die Befragten wurden nach dem Ausmaß der Schwierigkeiten gefragt, die sie seit ihrer Ankunft in Deutschland erlebt haben. Die Items werden wie bei der Semmlinger & Ehring (2022) auf einer fünfstufigen Skala bewertet (0 = kein Problem bis 4 = schwerwiegendes Problem).

7.1. Psychologische Aspekte

Im Folgenden werden die einzelnen Items der PMLD-Checkliste und die von den Befragten in offenen Antworten gegebenen Hinweise gemeinsam analysiert. Die Antworten zeigen, dass die Sorgen um die Familie im Heimatland und Heimweh von den Befragten als die größten Stressoren eingestuft werden. Im Durchschnitt bewerten die befragten Frauen diese Items um 0,5 Skalenpunkte höher als die befragten Männer (Abbildung 11).

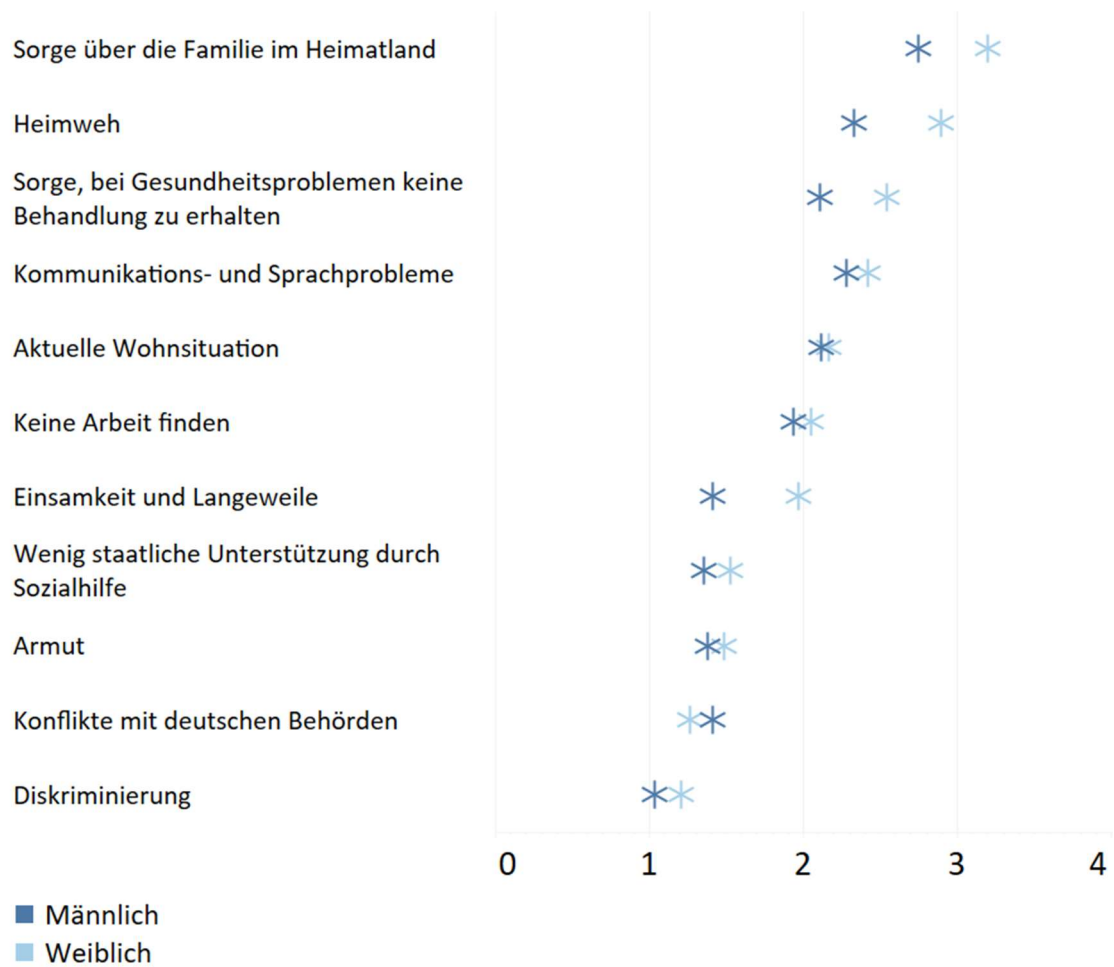


Abbildung 11: Mittelwerte der Postmigration Living Difficulties nach Geschlecht.

Skala von 0 (kein Problem) bis 4 (schwerwiegendes Problem). n (Weiblich) = 863/858/858/858/856/855/854/853/853/853/853, n (Männlich) = 130/130/130/128/130/130/130/130/130/130/130 © Minor

Weiterhin geben die Befragten in den offenen Antworten explizit an, dass sie in verschiedenen Bereichen ihres Lebens in Deutschland psychischen Stress erleben. Zu den wichtigsten Stressfaktoren gehören Informationsmangel, Schwierigkeiten bei der Arbeits- und Wohnungssuche, die Notwendigkeit, sich an ein neues soziales Umfeld anzupassen, Bürokratie, Probleme, die ihre Kinder erleben und allgemeine Sorgen über den Krieg.

„Wegen des Stresses, die mir die Nachrichten aus der Ukraine bringen, fühle ich mich sehr oft starr vor Schreck, und ich fühle mich gar nicht bereit, zu agieren.“ (Frau, 30, Berlin)

„Das größte Problem für mich ist die schwierige Integration und die Traurigkeit in den Augen meiner Tochter. Ich denke, dass die Kinder, besonders die Kinder, die sich in Umstände des Kriegs integrieren, müssen psychologische Behandlung erhalten. Eine gute Idee wäre Gruppentherapie, die in Schulen oder Bezirkszentren angeboten wird.“ (Frau, 31, Berlin)

Darüber hinaus erwähnen die Befragten in den offenen Antworten auch Schwierigkeiten beim Ankommen und dem Aufbau sozialer Netzwerke (15 Angaben). Diese Aussagen beziehen sich

sowohl auf den eigenen Integrationsprozess als auch auf die erlebten Schwierigkeiten ihrer Kinder. Die Wahrnehmung von Ausgrenzung wird ebenfalls vereinzelt erwähnt (5 Angaben).

„Ich fühle mich in Deutschland immer mega einsam und von Zeit zu Zeit auch nicht so willkommen. Es gibt sogar solche Fälle, dass wenn einige Leute erfahren, dass ich aus der Ukraine komme, wollen sie einfach nicht mehr mit mir im Kontakt bleiben.“ (Frau, 23, Brandenburg)

„Ich danke Deutschland dafür, dass ich aufgenommen wurde und das mir hier geholfen wurde, aber ich fühle mich hier als eine Person ‚dritter Klasse‘, niemand braucht mich hier. Mein Kind hat in der Schule gar keine psychologische Unterstützung bekommen. Man bekommt ein Gefühl vermittelt, dass wir nicht vor Kugeln geflohen sind, sondern für einen Urlaub gekommen sind. Alle Ukrainer*innen sind traumatisiert, jeder in seinem eigenen Sinne, insbesondere die Kinder. Ich wünsche eine etwas wärmere und verständnisvollere Einstellung auf der Seite der einheimischen Bürger*innen. Es geht hier nicht um das Geld, sondern um ‚Wie geht es dir? Alles okay bei dir?‘. Aber leider ist jeder hier nur für sich selbst. Nur der Stärkste überlebt.“ (Frau, 43, Brandenburg)

Armut oder das Fehlen ausreichender finanzieller Mittel ist ebenfalls ein Stressfaktor, der sich im Allgemeinen erheblich auf das psychische Wohlbefinden von Menschen auswirkt (Huber & Gluth 2020). Den Bewertungen der PMLD-Items zufolge scheinen die damit zusammenhängenden Items (geringe staatliche Unterstützung und Armut) für die Befragten jedoch weniger ein Problem darzustellen als andere Stressfaktoren (Abbildung 11). In den offenen Antworten hingegen erwähnen die Befragten in einigen Fällen unzureichende finanzielle Mittel. Dazu gehören die Schwierigkeit, sich Winterkleidung zu leisten, zu späte Zahlungen, finanzielle Schwierigkeiten aufgrund der zusätzlichen Kosten für Haustiere und Schwierigkeiten bei der Bezahlung von Medikamenten.

„Ich möchte meine Dankbarkeit für einen herzlichen Empfang aussprechen, vielen Dank! Meiner Familie mangelt es an Geld ein bisschen, weil mit dem Geld, das das Jobcenter uns gibt, muss man Kleidung und Essen kaufen. Ich habe zwei Kinder, 5 und 2 Jahre alt und sie wachsen sehr schnell, sie brauchen neue Klamotten in jeder Saison! Ansonsten ist alles Dank den Freiwilligen und Dank Deutschland im Allgemeinen gut!“ (Frau, 31, Berlin)

7.2. Wohnsituation: „Es gibt mehr Probleme mit der Wohnungssuche als mit der Arbeitssuche.“

Die Bevölkerung Berlins ist in den letzten zehn Jahren um mehr als 10 % gewachsen (für detaillierte Analyse dazu siehe Ünsal 2023). Die gestiegene Nachfrage nach Wohnraum und die daraus resultierende Angebotsknappheit haben die Wohnungspreise in die Höhe getrieben. Daher ist die Wohnungssuche in Berlin nicht nur für Geflüchtete, sondern für die gesamte Bevölkerung zu einer enormen Herausforderung geworden. Die Schaffung bzw. Bereitstellung von geeignetem Wohnraum für mehr als 50.000 neu angekommene Geflüchtete stellt daher ein großes Problem für die Stadt dar, insbesondere wenn es darum geht, langfristige Lösungen zu finden.

Darüber hinaus stellt der Zugang zum Wohnungsmarkt für zugewanderte Menschen eine besondere Schwierigkeit dar, die u. a. auf oft geringen Deutschkenntnissen, mangelnden

Informationen über den Berliner Wohnungsmarkt und das übliche Bewerbungsprozedere, kleinere soziale Netzwerke und fehlende Unterlagen beruht (Pfeffer-Hoffmann 2020).

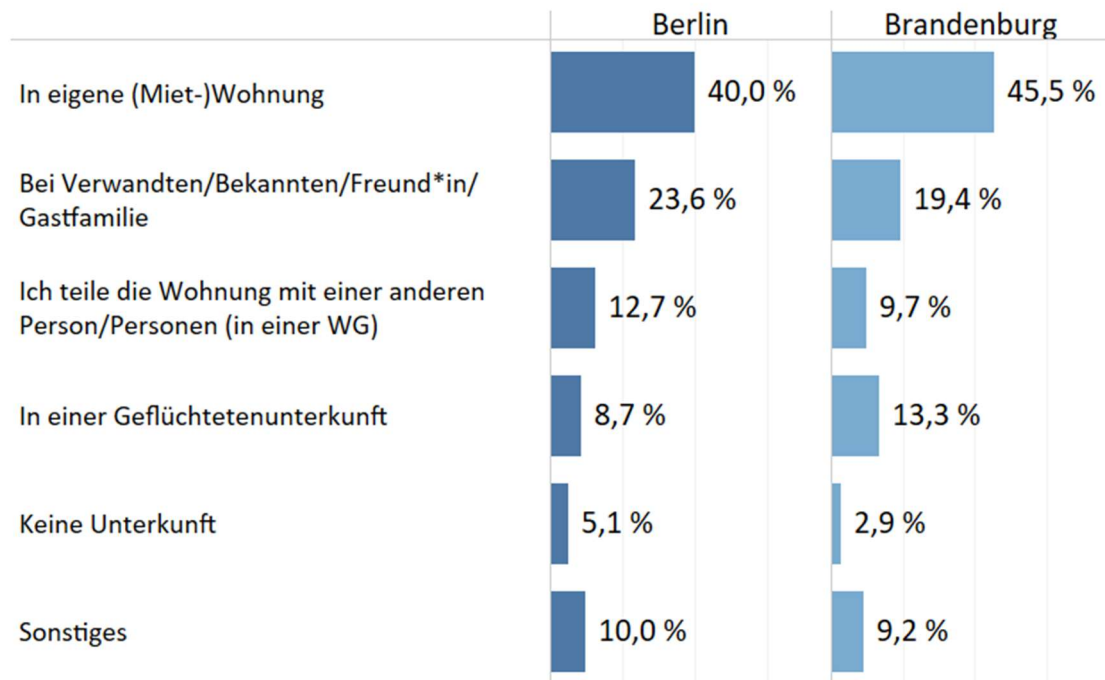


Abbildung 12: Wohnsituation der Befragten nach Bundesland.

n (Berlin) = 861, n (Brandenburg) = 413 © Minor

Es scheint zumindest für einen Teil der Befragten möglich gewesen zu sein, eine eigene Wohnung zu finden. Auf die Frage nach ihrer Wohnsituation geben 40 % der in Berlin lebenden, 45,5 % der in Brandenburg lebenden Befragten an, über eine eigene (Miet-)Wohnung zu verfügen. Weitere 8,7 % (Berlin) und 13,3 % (Brandenburg) leben weiterhin in einer Gemeinschaftsunterkunft, wohingegen immerhin 23,6 % (Berlin) und 19,4 % (Brandenburg) der Befragten bei ihren Bekannten/Familie, Freund*innen oder in einer Gastfamilie untergebracht sind (Abbildung 12).

Auch in der PMLD-Checkliste bewerten mehr als die Hälfte der Befragten ihre aktuelle Wohnsituation als problematisch. Deutlich sind dabei die Unterschiede zwischen den beiden untersuchten Bundesländern: Die in Berlin lebenden Geflüchteten schätzen ihre Wohnsituation als schlechter ein als die in Brandenburg lebenden Geflüchteten (0,5 Skalenpunkte Unterschied).

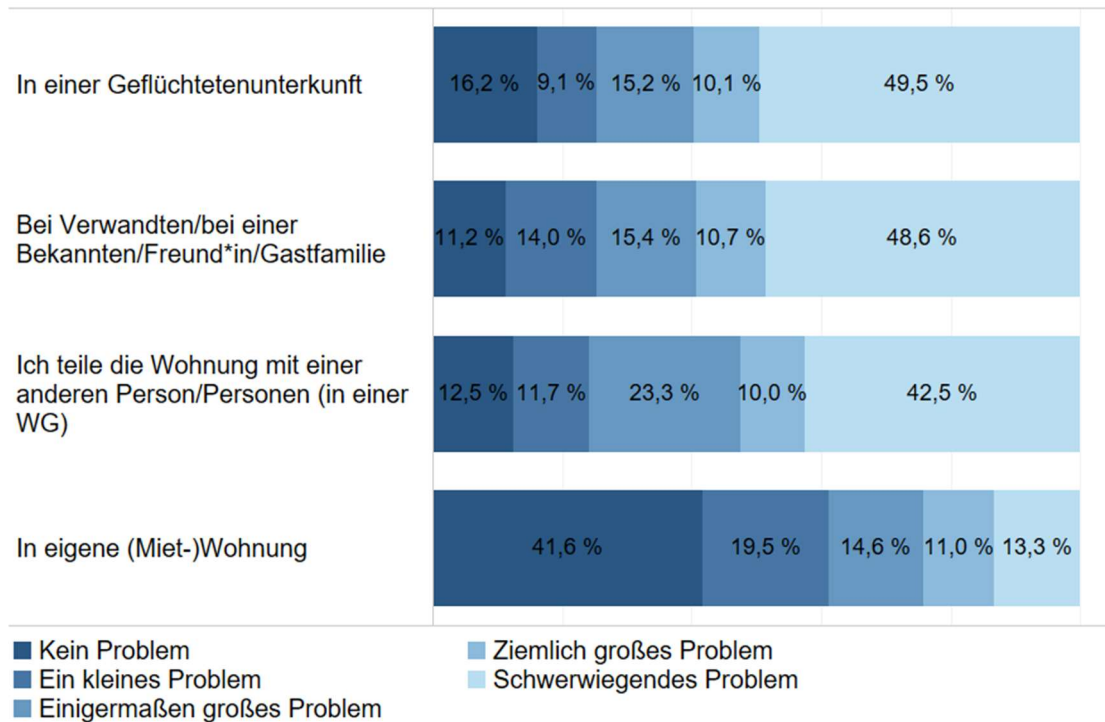


Abbildung 13: Bewertung der Wohnsituation (PMLD).¹⁸

n = 99/214/120/437 © Minor

Die Wohnsituation wurde von den Befragten, die in einer Geflüchtetenunterkunft (49,5 %) leben oder bei Verwandten/Freunden oder Gastfamilien (48,6 %) wohnen häufiger als schwerwiegendes Problem bewertet. Es überrascht nicht allzu sehr, dass diejenigen Befragten am zufriedensten sind, die eine eigene (Miet-)Wohnung gefunden haben (Abbildung 13).

¹⁸ Die Befragten, die für ihre Wohnsituation „Sonstiges“ und „Keine Unterkunft“ ausgewählt haben, werden hier nicht aufgeführt, da es hier um den Vergleich verschiedener Unterbringungsmöglichkeiten geht.

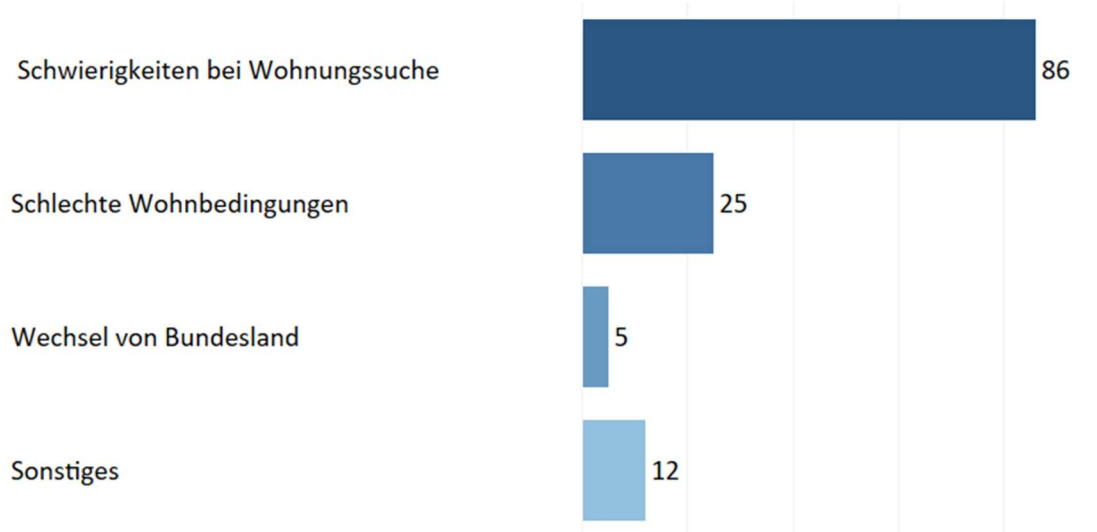


Abbildung 14: Angaben über die Wohnsituation in den offenen Antworten.

Häufigkeit der Erwähnung der Wohnsituation und -probleme in den Antworten auf die offene Frage „Wenn Sie Anmerkungen haben oder sich zu einem Thema äußern möchten, das in dieser Umfrage nicht ausdrücklich angesprochen wurde, können Sie dies hier gerne schreiben.“ © Minor

In den offenen Antworten sind Wohnungsprobleme mit 128 Angaben das am häufigsten genannte Problem. Die Befragten betonten insbesondere Schwierigkeiten, überhaupt eine Wohnung in Berlin oder Brandenburg zu finden.

„Wir brauchen dringend eine Wohnung! Seit schon 9 Monaten wohnen wir in einer 1,5 Zimmer Wohnung und machen es für unseren Verwandten sehr unangenehm.“ (Frau, 44, Berlin)

Neben dem allgemeinen Angebotsmangel in Berlin und Brandenburg (24 Angaben) nannten die Befragten weitere Hürden bei der Wohnungssuche. Dazu gehörten Schwierigkeiten, eine preisgünstige Wohnung zu finden, Schwierigkeiten, eine Sozialwohnung zu bekommen (13 Angaben) oder die generelle Abneigung von Vermieter*innen, an Sozialhilfeempfänger*innen/Ukrainer*innen zu vermieten (5 Angaben).

„Eine Sozialwohnung, wofür das Jobcenter zahlen kann, kann man in Berlin nicht finden. Günstige Wohnungen werden schnell besetzt. Für jede Wohnungsbesichtigung kommen 60 Menschen. Alle wissen das, aber das ist nicht normal. Außerdem, die Wohnungen, die die Ukrainer*innen bekommen, sind sehr oft in einem schrecklichen Zustand. Man kann da nicht wohnen. Wie soll ich, mit einem kleinen Kind, ohne meinen Mann eine Wohnung renovieren? Eine Küche erneuern? Ein Badezimmer? Einen Elektriker anrufen, die Möbel liefern lassen? Und das alles ohne Sprachkenntnisse. Das sind sehr schwierige Aufgaben für ukrainische Frauen, deren Familien zerrissen sind. Ich habe noch keine eigene Wohnung gefunden, ich bin schon verzweifelt.“ (Frau, 42, Berlin)

Auch über schlechte bzw. prekäre Lebensbedingungen innerhalb der Unterkünfte wird in den offenen Antworten berichtet (14 Angaben). Dazu gehören Probleme in der Gemeinschaftsunterkunft und mit dem Personal (10 Angaben) sowie ein Mangel an Privatsphäre (4 Angaben).

Die mit der Erteilung des Aufenthaltstitels in Berlin und Brandenburg geltende Wohnsitzauflage wurde als weitere Schwierigkeit empfunden. Dieses Bedürfnis nach Mobilität scheint in beide Richtungen zu zielen, von Berlin in eine Kleinstadt, als auch der Wunsch, von einer Kleinstadt nach Berlin zu ziehen. Die Möglichkeit, die Wohnsitzauflage auf Antrag in Einzelfällen aufzuheben, scheint nicht hinreichend bekannt zu sein.

„[...] Wir wollten schon irgendwohin in eine Kleinstadt umziehen, dorthin, wo es eine Wohnung gibt. Aber wir sind schon in Berlin angemeldet und können es nicht ändern. Das ist sehr unfair! Was sollen wir jetzt tun? [...]“ (Frau, 50, Berlin)

„Es ist sehr schwierig, eine Wohnung in Brandenburg zu finden und zu bekommen. Es ist auch schwierig, vom Land Brandenburg nach Berlin zu wechseln, auch wenn man eine Wohnung gefunden hat, auch wenn man ein Sprachkurs in Berlin besucht und in Berlin bleiben möchte!!!“ (Frau, 58, Brandenburg)

7.3. Gesundheitsversorgung

Geflüchtete aus der Ukraine haben bei ihrer Ankunft in Deutschland ein Recht auf medizinische Versorgung, das sich aus dem Asylbewerberleistungsgesetz ergibt. Darüber hinaus können sich Geflüchtete aus der Ukraine seit dem 1. Juni 2022 in Deutschland gesetzlich krassenversichern (siehe AOK 2023). Es ist daher bemerkenswert, dass der PMLD-Indikator „Sorge, keine Behandlung für gesundheitliche Probleme zu erhalten“ von den Befragten hoch bewertet wird. Nur den Items „Sorge um die Familie im Heimatland“ und „Heimweh“ wurde noch mehr Bedeutung eingeräumt. Darüber hinaus bewerteten befragte Frauen ihre Sorge, keine medizinische Behandlung zu erhalten, etwas höher als männliche Befragte (2,6 vs. 2,1).

Diese Sorge spiegelt sich auch in den offenen Antworten der Befragten wider (40 Angaben). Zu den spezifischen Problemen, die in den offenen Antworten angesprochen werden, wurden vereinzelt die allgemeine Sorge, keine psychologische/medizinische Versorgung zu erhalten (10 Angaben), lange Wartezeiten oder Absagen (9 Angaben), ein Mangel an Kinderärzt*innen und Hausärzt*innen (8 Angaben) sowie eine unbefriedigende Qualität der medizinischen Behandlung/Versorgung (7 Angaben) genannt.

„Die Mehrheit von Webseiten deutscher Behörden sind auf Deutsch, keine Übersetzung wird zur Verfügung gestellt; digitale Services sind sehr begrenzt und es dauert 2 Wochen, [...] Es gibt auch ein Problem mit Ärzten, auch wenn man versichert ist: viele Ärzte schreiben es am Doctolib, dass sie keine neue Patienten annehmen...man muss seine Freunde bitten, dich mit einem Arzt in Kontakt zu setzen, um sich oder seine Kinder behandeln lassen! (Frau, 47, Berlin)“

7.4. Diskriminierungserfahrungen

Obwohl Diskriminierungserfahrungen in den PMLD-Kategorien als gering eingestuft werden und generell schwer nachweisbar sind, berichteten einige Befragte in den offenen Antworten von abwertenden oder auch als feindlich empfundenen Äußerungen oder Verhalten ihnen gegenüber sowie von wahrgenommener Ungleichbehandlung und unfairer Behandlung.

Diese Erfahrungen beziehen sich auf verschiedene Aspekte des Lebens, wie z. B. die ungleiche Behandlung durch Behörden und deren Beschäftigten, die wahrgenommene Diskriminierung bei der Wohnungs- und Arbeitssuche, die Ablehnung bei Arztterminen oder Alltagsdiskriminierung.

„Während unserer Zeit in Deutschland sind wir auf ein Problem gestoßen, dass die einheimische Bevölkerung die Ukrainer*innen nicht sehen will. In einem kleinen Dorf, wo ein Fachkraftmangel besteht, und das vor der Bedrohung steht, dass die Schule geschlossen wird, sind mehr als 30 Ukrainer*innen angekommen, auch junge Menschen, mit der Absicht, zu bleiben. Niemandem wurde eine Arbeit oder eine Wohnung angeboten. Im Gegenteil: es wurden unsere Versuche blockiert. Deswegen müssen wir alle Wohnungen in einer Kleinstadt in der Nähe zu suchen. Vielleicht versteht die Regierung die Wichtigkeit der ukrainischen Migration aber auf lokalen Ebenen ist alles mit der Toleranz und dem gesunden Menschenverstand nicht ganz okay.“ (Frau, 37, Brandenburg)

Darüber hinaus berichteten einige Befragte von negativen Erfahrungen bei der Kontaktaufnahme mit russischsprachigen Personen, sowohl in Behörden als auch in den Schulen ihrer Kinder.

„Ich bekomme sehr viel Stress wegen sprachlicher Diskriminierung. Russischsprachige Personen oder auch Beamte in Berlin behandeln Ukrainer*innen mit sehr viel Ablehnung.“ (Frau, 43, Berlin)

„[...] viele russischsprechende Dolmetscher waren passiv-aggressiv, haben mir falsche Antworten gegeben und waren offen nicht nett zu mir!!! [...]!“ (Frau, 53, Berlin)

„Meine Kinder waren in einer Willkommensklasse, wo der Lehrer ein Russe war, und jeder Tag in der Schule war eine Folter. Alle meine Beschwerden an den Direktor haben es nur schlechter für meine Kinder gemacht.“ (Frau, 35, Berlin)

„Viele Beamte sprechen russisch und zwingen mich dazu, auch russisch zu sprechen. Das ist für mich unangenehm und traumatisierend. Außerdem muss man digitalisieren, es gibt zu viele Papiere. Aber im allgemein vielen Dank für die Hilfe an uns Ukrainer*innen!“ (Frau, 33, Berlin)

Auch Erfahrungen mit Diskriminierung durch Lehrkräfte oder Mitschüler*innen der Kinder wurden in offenen Antworten erwähnt.

„Sehr stark werden die Kinder in Schulen diskriminiert, ab so ungefähr der 5. Klasse. Sie werden von anderen Schüler*innen schikaniert, weil sie die Sprache nicht kennen, und deswegen wollen sie die Schule nicht mehr besuchen. Meine ältere Tochter hat die Schule aufgegeben und das kleinere Kind will auch nicht mehr gehen. So wollen sie auch nicht in Deutschland leben. Andere Kinder werfen auf sie Papiere und Tinte, Schere, sie kratzen, schreien PUTIN GUT, spielen mit Feuerzeugen, nutzen Schimpfwörter und sprechen

schlecht über uns. In vielen Kleinstädten sieht die Situation ähnlich aus. Die Eltern sind alle schockiert. Wir dachten, dass wir unsere Kinder in der zivilisierten Welt in die Schule oder zum Studium bringen können, aber es scheint so zu sein, dass wir zurückkehren müssen. Und um Integration und Arbeitssuche geht es natürlich nicht mehr.“ (Frau, 38, Brandenburg)

Eine Befragte gibt an, dass ihre Kinder, anstatt ihre eigenen Ziele und Fähigkeiten zu berücksichtigen, direkt auf eine Berufsausbildung verwiesen wurden und nicht die Möglichkeit bekommen haben, an einer Universität zu studieren.

„Die Bildung ist ein Problem. Meine Kinder 15 und 17 Jahre alt wurden direkt in Willkommensklassen für Ausbildung geschickt, ohne Betrachtung von unseren Wünschen. Die Kinder sind in diesem Alter sehr stark an einem Studium an einer Universität orientiert, aber sie haben keine Chance, sich ins Bildungssystem zu integrieren. Im Gymnasium werden sie nicht zugelassen (oder es wird vorgeschlagen, dass sie in der 9. Klasse anfangen und dann noch 4 bis 5 Jahre zur Schule gehen müssen), und es gibt nur wenige Chancen, an ein Studienkollegplatz zu kommen [...]“ (Frau, 48, Berlin)

Aus einigen Aussagen geht hervor, dass direkte Anfeindungen erlebt werden.

„Ich bin mit meiner Familie mit das Auto nach Deutschland gekommen, und einige Tage her hat uns jemand ein Blatt Papier auf der Windschutzscheibe hinterlassen, wo stand „Geht weg. Kämpft in eurem eigenen Land im Krieg.“ Das hat uns sehr stark verletzt, hat Sorgen und Angst ausgelöst. Meine Frau hat viel geweint. [...]“ (Mann, 34, Berlin)

„[...] Diskriminierung kommt nicht von Russen, sondern von Deutschen. Ein Deutscher schreit beschimpfende Sachen und bespuckt uns hinter dem Rücken, sitzt in seiner Wohnung und tut so, jedes Mal wenn wir vorbeigehen. Wir sprechen nur sehr leise zwischen uns und reagieren nicht auf sein schreckliches Verhalten [...]“ (Frau, 44, Berlin)

8. Zusammenfassung und Ausblick

Die Ergebnisse aus der Online-Umfrage zu Geflüchteten aus der Ukraine in Berlin und Brandenburg, die wir im Zeitraum Dezember 2022 bis Februar 2023 durchgeführt haben, zeigen die Bereitschaft vieler Geflüchteter, in Deutschland zu bleiben und zu arbeiten. Aus der Perspektive der Berliner und Brandenburger Arbeitsmarktpolitik eröffnen sich durch das hohe Bildungsniveau der Ukrainer*innen - je nach Übertragbarkeit ihrer Qualifikationen auf das deutsche (Berufs-)Bildungssystem – Chancen. Aus der Perspektive der geflüchteten Menschen, mehrheitlich Frauen, geht es um einen möglichst leichten Zugang zu allen gesellschaftlich relevanten Lebensbereichen, um ein Ankommen zu ermöglichen, Stressfaktoren abzubauen, Arbeit aufzunehmen und letztendlich auch eine Entscheidung über Verbleib oder Rückkehr treffen zu können.

Um die Bleibeperspektiven zu verbessern, müssen einzelne strukturelle Hürden abgebaut werden. Indizien dazu, welche das sein können, bieten einzelne Antworten auf unsere offenen Fragen. Diese sind: Schwierigkeiten mit Behörden und komplexe bürokratische Abläufe, beim Zugang zu Integrations- und Sprachkursen, bei der Suche nach Kita- und Schulplätzen, Zugang zu psychologischer/medizinischer Versorgung sowie Zugang zum Wohnungsmarkt.

Auch nach dem ersten, oft schnellen Zugang in den Arbeitsmarkt bleiben viele Aspekte zu beachten, wie z. B. fehlende Anerkennung vorhandener Abschlüsse und Qualifikationen, unterqualifizierte Arbeit, prekäre Beschäftigung oder das Risiko der Arbeitsausbeutung. Neben dem hohen Anteil der Befragten, die in der IKT-Branche tätig sind, arbeitet ein beträchtlicher Anteil in der Gastronomie, im Hotel- und Tourismusgewerbe oder in der Reinigungsbranche, obwohl mehr als die Hälfte einen Hochschulabschluss hat.

Darüber hinaus deuten einige offene Antworten auf einen Mangel an Wissen unter den befragten Geflüchteten über bestehende staatliche und zivilgesellschaftliche Beratungs- und Unterstützungsangebote in oben genannten Bereichen hin. Den Umfrageergebnissen zufolge erweisen sich die sozialen Medien als ein nützliches Kommunikationsinstrument, um diese Angebote effektiv bekannt zu machen.

Die gewonnenen Erkenntnisse und identifizierten Herausforderungen aus der Online-Umfrage für Berlin und Brandenburg werden innerhalb des Projektes *European Labour Lab Berlin* mit der bundesweiten Entwicklung des Zugangs zum Arbeitsmarkt abgeglichen und weiterführend für die Berliner Integrations- und Arbeitsmarktpolitik vertieft.

Literaturverzeichnis

- AOK, 2023: Arztbehandlung, Medikamente und Impfungen: So erhalten Flüchtlinge aus der Ukraine Hilfe. <https://www.aok.de/pk/hilfe-ukrainische-fluechtlinge/hilfe-fuer-ukraeiner/#c1590627077> (15.03.2023)
- [BA] Bundesagentur für Arbeit, 2023: Migration und Arbeitsmarkt. <https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Interaktive-Statistiken/Migration-Zuwanderung-Flucht/Migration-Zuwanderung-Flucht-Nav.html> (15.03.2023).
- Becker, P. / Komitowski, D., 2022a: Geflüchtet, um zu bleiben? Ein Plädoyer für qualifikationsadäquate Beschäftigung und Vermeidung von Prekarisierung für ukrainische Geflüchtete - Teil 1. Working Paper 03/2022 der Fachstelle Einwanderung. <https://www.netzwerk-iq.de/foerderprogramm-iq/fachstellen/fachstelle-einwanderung/publikationen/plaedoyer-ukrainische-gefluechtete-1> (21.12.2022)
- Becker, P. / Komitowski, D., 2022b: Geflüchtet, um zu bleiben? Ukrainischer Arbeitsmarkt und sozio-demografisches Profil der Ukrainer*innen – Teil 2. Working Paper 07/2022 der Fachstelle Einwanderung. <https://minor-kontor.de/gefluechtet-um-zu-bleiben-teil-2/> (21.12.2022)
- Berger, A. / Pallmann, I., 2022: Neuzugewanderte Frauen besser erreichen, informieren und beraten. Chancen und Möglichkeiten der Nutzung digitaler Medien. <https://minor-kontor.de/neuzugewanderte-frauen-besser-informieren-und-beraten-2/> (10.03.2023)
- Bogic, M. / Njoku, A. / Priebe, S., 2015: Long-term mental health of war-refugees: a systematic literature review. *BMC international health and human rights*, 15(1), 1-41.
- Brücker, H. / Ette, A. / Grabka, M. / M., Kosyakova /Y., Niehues /W., Rother /N., ... & Steinhauer, H. W. (2023): Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland: Ergebnisse der ersten Welle der IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP Befragung.
- Bushanska, V. / Böse, C. / Kalinowski, M. / Knöllner, R. / Rausch-Berhie, F. / Schmitz, N. (2022): Anerkennung ukrainischer Berufsqualifikationen – Potenziale nutzen, Prozesse verbessern: Ergebnisse des BIBB-Anerkennungsmonitorings BIBB Discussion Paper, pp. 1 Online-Resource (40 Seiten).
- Dumont, J. C., / Lauren, A., 2022: The potential contribution of Ukrainian refugees to the labour force in European host countries.
- Haarhaus, B., 2015: Entwicklung und Validierung eines Kurzfragebogens zur Erfassung von allgemeiner und facettenpezifischer Arbeitszufriedenheit. *Diagnostica*, Published online: July 1, 2015.
- Hampel, A., / Spitaleri, L., 2022: "Für Menschen, nicht für Institutionen ...". Citizen-Science-Analyse digitaler Informationsangebote zur Arbeitsmarktintegration für Neuzugewanderte. <https://minor-kontor.de/fuer-menschen-nicht-fuer-institutionen/>"Für Menschen, nicht für Institutionen ..." (12.03.2023)
- Huber, R. E., / Gluth, S., 2019: Psychologische Konsequenzen von Armut Möglichkeiten und Grenzen zielorientierter Präventionsmassnahmen. *Armutsbekämpfung durch Schuldenprävention: Empirische Befunde, methodische Zugänge und Perspektiven*, 91-105.

- Kosyakova, Y. / Gundacker, L. / Salikutluk, Z. / Trübswetter, P., 2021: Arbeitsmarktintegration in Deutschland: Geflüchtete Frauen müssen viele Hindernisse überwinden (No. 08/2021). IAB-Kurzbericht. <https://www.econstor.eu/handle/10419/234221> (15.03.2023).
- Mediendienst, 2023: Flüchtlinge aus der Ukraine. <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyil/ukrainische-fluechtlinge.html> (30.03.2023).
- Panchenko, T., 2022: Prospects for Integration of Ukrainian Refugees into the German Labor Market: Results of the ifo Online Survey. In CESifo Forum (Vol. 23, No. 04, pp. 67-75). ifo Institute-Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich. <https://www.cesifo.org/DocDL/CESifo-Forum-2022-4-panchenko-ukrainian-refugees-german-larbor-market-july.pdf> (26.07.2022).
- Pfeffer-Hoffmann, C., (Hrsg.), 2020: EU-Zugewanderte bei Jobcentern und Arbeitsagenturen. Herausforderungen und Potenziale beim Zugang zu Angeboten der Berliner Arbeitsverwaltung. Berlin: Mensch und Buch Verlag.
- Pfeffer-Hoffmann, C. (Hrsg.), 2022: Migrationsberatung in sozialen Medien. Berlin: Mensch und Buch Verlag
- Rock, J., Yanaşmayan / Z., Rischke, R. / Bouché, A. /Semyonova, P., (2022). Geflüchtete Frauen aus der Ukraine. Zwischen Ankommen und Rückkehr.
- Semmlinger, V. / Ehring, T. 2022: Adapted version of the Post-migration Living Difficulties Checklist (Silove et al., 1998). DOI 10.17605/OSF.IO/M2T4N. <https://osf.io/m2t4n/> (20.03.2022)
- Stratton, S. J., 2021: Population research: convenience sampling strategies. *Prehospital and disaster Medicine*, 36(4), 373-374.
- Tyupa, S., 2011: A theoretical framework for back-translation as a quality assessment tool. *New Voices in Translation Studies*, 7(1), 35-46.
- [UNHCR] United Nations Human Rights Council, 2023: Lives on Hold #3: Intentions and Perspectives of Refugees from Ukraine. <https://data.unhcr.org/en/documents/details/99601> (15.03.2023).
- [UNHCR] United Nations Human Rights Council, 2023b: Ukraine Refugee Situation. https://data.unhcr.org/en/situations/ukraine#_ga=2.174242146.1733039485.1649330501-1060688216.1649330501 (30.03.2023).
- Ünsal, G., / Oswald, A., 2022: Bedingungen der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten aus der Ukraine in Deutschland und Berlin. https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2022/09/EB_WP-Bedingungen-der-Arbeitsmarktintegration-von-Gefluechteten-aus-der-Ukraine_22-09-30-2.pdf (15.05.2023).
- Ünsal, G., 2023: Europäische Zugewanderte in Berlin (2011-2021). Interaktive Grafiken zur Entwicklung und Verteilung der (EU-)Zuwanderung. <https://minor-kontor.de/europaeische-zugewanderte-in-berlin-2011-2021/> (15.03.2023).
- Quinn, K., 2010: Methodological Considerations in Surveys of Older Adults: Technology Matters. *International Journal of Emerging Technologies & Society*, 8(2).

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Regionen der Ukraine, in denen die Befragten vor dem Krieg lebten.....	8
Abbildung 2: Beschäftigungssituation der Befragten in Berlin/Brandenburg.	10
Abbildung 3: Qualifikation entsprechende Tätigkeit.	11
Abbildung 4: Verbleibabsichten innerhalb der nächsten 6 Monate in Berlin/Brandenburg.	19
Abbildung 5: Rückkehrabsichten von befragten Geflüchteten nach Kriegsende in die Ukraine.	20
Abbildung 6: Angaben über die Probleme bei den Berliner/Brandenburger Behörden.	22
Abbildung 7: Nützlichkeit von Informationsangeboten für Behördengänge in Deutschland.....	24
Abbildung 8: Erfahrungen mit den Jobcentern nach Wohnort/Bundesland.	26
Abbildung 9: Erhaltene sprachliche Unterstützung in den Jobcentern nach Wohnort.	27
Abbildung 10: Aussagen über die Erfahrungen der Befragten bei den Jobcentern.	29
Abbildung 11: Mittelwerte der Postmigration Living Difficulties nach Geschlecht.	32
Abbildung 12: Wohnsituation der Befragten nach Bundesland.	34
Abbildung 13: Bewertung der Wohnsituation (PMLD).	35
Abbildung 14: Angaben über die Wohnsituation in den offenen Antworten.....	36

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Facettenspezifische Arbeitszufriedenheit der Befragten nach Branche..... 13

Impressum

Das Projekt „European Labour Lab Berlin“
ist ein Projekt von



Alt-Reinickendorf 25
13407 Berlin
Tel.: +49 30 – 45 79 89 500
E-Mail: minor@minor-kontor.de

www.minor-kontor.de
<https://minor-kontor.de/european-labour-lab-berlin/>

Gefördert von der Senatsverwaltung für
Integration, Arbeit und Soziales

